3. Jahrgang / Nr. 166

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 22 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 1527.

Sonnabend, den 30. Juli 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,60 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklamen: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3,— Mk.

„Nie wieder Krieg!"

II.

Der Pazifismus der Sozialdemokratie im Weltkrieg.

Der Pazifismus hat seine ökonomische Grundlage im Kleinbürgertum. Auf vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen fußend und durch die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft mehr und mehr in seinen Lebenswurzeln angegriffen, eingeklemmt zwischen Bourgeoisie und Proletariat und fast immer unfähig, als selbständige Macht in den Klassenkampf einzugreifen, flüchtet das Kleinbürgertum in eine Gedankenwelt, die die Existenz der Klassen und des Klassenkampfes leugnet, oder doch auf die Abstumpfung und Ausgleichung der Klassengegensätze hofft. So steht das Kleinbürgertum — wenn es sich nicht direkt im Schlepptau der Großbourgeoisie befindet — in einem politischen Gegensatz zur Großbourgeoisie, der seinen Ausdruck findet in dem Versuch, der Politik der Großbourgeoisie nach innen und außen ihre Schärfe zu nehmen. Innerpolitisch in dem Versuch, zwischen den kämpfenden Klassen einen Ausgleich zu finden, außerpolitisch in dem Versuch, die Politik des Imperialismus, die ständig Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten und Staatengruppen hervorruft, zu einer Politik der friedlichen Verständigung umzubiegen. Beides ohnmächtige Versuche, weil die kapitalistische Entwicklung sowohl den Kampf der Klassen wie den Kampf der imperialistischen Mächte immer mehr zur Entfaltung bringt. Der eherne Gang dieser Entwicklung hat vor dem Kriege in Deutschland die „pazifistischen" kleinbürgerlichen Schichten an die Seite der herrschenden Klasse, der imperialistischen Großbourgeoisie gedrängt. Der imperialistische Taumel hatte sie alle erfaßt, die heute „gegen die Wiederholung des Kriegswahnsinns" demonstrieren. Die wenigen konsequenten Pazifisten, die Gegner des imperialistischen Krieges blieben, predigten in der Wüste und mußten Prediger in der Wüste bleiben, weil sie die Entwicklung nicht verstanden, die zum Völkermord geführt hatte, und die Kräfte nicht kannten, die allein aus dem Völkermord herausführen konnten.

Auch die Arbeiterklasse ist Gegnerin des Krieges. Aber ihr „Pazifismus" ist ein Pazifismus ganz anderer Art. Die Arbeiterklasse ist befähigt und berufen, das kapitalistische System, das seine Herrschaft antrat und befestigte in einer ununterbrochenen Kette von Kriegen und gipfelte in dem gewaltigsten Morden der Weltgeschichte, zu beseitigen und eine Gesellschaft zu errichten, die nicht auf der Vernichtung des Schwachen durch den Starken, sondern auf der brüderlichen Arbeit Aller aufgebaut ist. Aber die Arbeiterklasse, die zahlreichste, mächtigste Klasse der Gegenwart, sieht im Gegensatz zum Kleinbürgertum von den Klassengegensätzen nicht ab. Sie weiß, daß erst die Beseitigung des kapitalistischen Systems, erst die Herrschaft der Arbeiterklasse in den wichtigsten Kulturländern, dem Krieg als Faktor der Geschichte der Kulturnationen ein Ende machen kann. Sie weiß, daß es keinen Krieg an sich, sondern nur klassenbedingte, reaktionäre oder fortschrittliche, imperialistische und revolutionäre Kriege gibt. Die Arbeiterklasse verherrlicht den Krieg, in dem die große französische Revolution ihre Errungenschaften gegen den Ansturm des feudalen Mittel- und Osteuropa verteidigte. Sie verherrlicht die heldenmütige Verteidigung der Pariser Kommune. Sie weiß, daß die Kriege, in denen die aufstrebende Bourgeoisie die Bedingungen ihrer Klassenherrschaft schuf, fortschrittliche Kriege waren. Karl Marx verfocht den Angriffskrieg des bürgerlich-revolutionären Deutschland von 1848 gegen das zaristische Rußland, der die aufstrebende deutsche bürgerliche Republik vom Alp der russischen Reaktion befreien sollte. Die Arbeiter aller Länder blickten seit drei Jahren mit heißer Bewunderung nach Rußland, dessen Arbeiter und Bauern ihr von dem dreifachen Joch des Zarismus, des russischen und des ausländischen Kapitals befreites Land gegen den Ansturm der kapitalistischen Mächte der ganzen Welt verteidigen.

Vor dem Weltkrieg war auch die deutsche Sozialdemokratie, die politische Vertretung der Arbeiterklasse nicht unbedingte Kriegsgegnerin. Sie erklärte sich gegen den Angriffskrieg, für den Verteidigungskrieg. Diese Definition war gefährlich, weil sie statt des sozialen Inhalts des Krieges ein formales Merkmal zum Kriterium erhob. Sie war um so gefährlicher, als die herrschenden Klassen, seit es eine öffentliche Meinung gab, jeden Verteidigungskrieg in einen Angriffskrieg umzulügen trachteten. Diese Definition war ein Symptom für die Verbürgerlichung der führenden Schichten der Sozialdemokratie. Denn innerhalb des imperialistischen Staatensystems hatte die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen jeden Sinn verloren. Selbst die kleinen, vom deutschen Imperialismus überfallenen Staaten, Serbien und Belgien, befanden sich nur formell, nur äußerlich gesehen, in der Verteidigung, in Wirklichkeit gliederten sie sich als Werkzeuge der Politik der Großmächte dem allgemeinen imperialistischen Ringen ein.

Was den Weltkrieg von den früheren Kriegen der Bourgeoisie unterschied, war das Stadium der kapitalistischen Entwicklung, in dem er sich abspielte. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte, die Kapitalisierung der Welt war bereits soweit fortgeschritten, daß die Kapitalistenklassen der „Kulturnationen" in einen Kampf um die Sicherung ihres Profites im Weltmaßstab eintreten mußten, einen Kampf, in dem sie 30 Millionen Männer töten oder verstümmeln ließen, halb Europa in grausige Oede verwandelten, ungeheure Mengen von Produktivkräften und Kulturwerten vernichteten und den Anteil der arbeitenden Massen an den von ihnen produzierten Gütern um ein Vielfaches senkten. Der Fortbestand des kapitalistischen Systems war nicht nur zum Hemmnis des geschichtlichen Fortschritts, sondern zur furchtbaren Bedrohung der gesamten Kultur geworden. Die Arbeiterklasse wäre berufen gewesen, den Imperialisten in den Arm zu fallen und das Vernichtungswerk zu verhindern. Sie hat diese ihre historische Aufgabe nicht erfüllt. Ihre Führer gingen bis auf wenige der proletarischen Sache Treugebliebene mit fliegenden Fahnen — oder mit gedämpftem Trommelklang zum Imperialismus über. Die Arbeitermassen, durch ihren Verrat der sozialistischen Führung beraubt, verfielen dem nationalistischen Taumel, den die herrschenden Klassen durch die Mittel der plumpesten Geschichtsfälschung erzeugten.

Der Uebergang ins Lager des Imperialismus zog mit reißender Schnelle den Gesamtübergang der sozialdemokratischen Führerschaft ins kleinbürgerliche Lager nach sich. Dem Burgfrieden auf politischem folgte der Burgfrieden auf ökonomischem Gebiet. Der Gewerkschaftsbund stellte alle Lohnkämpfe ein. Die sozialdemokratischen Führer forderten und bejubelten bei ihrer Einführung die Zwangswirtschaft, die Lohnkämpfe auf Kosten der Produktivität der Landwirtschaft verhüten sollte. So leistete die Sozialdemokratie der kriegführenden Bourgeoisie die wichtigsten Dienste: politisch suchte sie die Arbeitermassen in der willenlosen Gefolgschaft des Imperialismus zu erhalten, ökonomisch half sie der Bourgeoisie bei der Aufwälzung der Kriegskosten auf das Proletariat. So ließ sie die proletarische Sache, die zugleich die Sache des Weltfriedens ist, nicht nur bei Kriegsausbruch im Stich, sie trägt die Schuld daran, daß der Krieg sich vier Jahre lang in unverminderter Heftigkeit und stets wachsendem Umfang austoben konnte.

Auch der eigentliche pazifistische Flügel der Sozialdemokratie, die nachmalige unabhängige Sozialdemokratie, verkannte gründlich die Perspektiven

Solidaritätsaktion für Sowjetrußland.

Um eine Hilfsaktion der deutschen Arbeiterklasse für die von Hungersnot und Cholerагefahr bedrohten russischen Arbeiter und Bauern einzuleiten, hatte sich die Zentrale der VKPD. an die Vorstände der SPD., USPD., KAPD. und des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit folgendem Schreiben gewandt:

Berlin, den 23. Juli 1921.

Werte Genossen!

Durch die Presse ist Ihnen bekannt, daß in Sowjetrußland ein Gebiet, das von mehr als 25 Millionen Menschen bewohnt ist, von einer beispiellosen Dürre heimgesucht wird. Millionen Menschen sind der Gefahr des Hungertodes ausgesetzt, Tausende und Abertausende werden von verheerender Krankheit bedroht.

Nach alledem, was Sowjetrußland vom ersten Tage, wo es die zerrüttete Wirtschaft des Zarismus übernahm, bis heute gegen eine Welt von Feinden aushalten mußte, ist es ohne weiteres klar, daß die russische Regierung aus eigener Kraft nicht imstande ist, der Naturkatastrophe in ausreichender Weise entgegen zu wirken.

Wir gehen davon aus, daß die Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, bereit sind, den von Hunger und Krankheit betroffenen russischen Arbeitern und Bauern nach besten Kräften zu helfen. Wir halten es aber für zweckmäßig, daß in Deutschland die Hilfsaktion einheitlich und geschlossen durchgeführt wird. In welchem Sinne wir uns die Hilfeleistung des deutschen Proletariats denken, können Sie aus dem Aufruf ersehen, den wir in der Sonntagsnummer der „Roten Fahne" veröffentlicht haben.

Wir fragen hiermit an, ob Sie bereit sind, an einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der 4 Arbeiterparteien und des ADGB. teilzunehmen, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigen soll:

1. Art und Bildung der Hilfsaktion.
2. Bildung eines aus Vertretern der vier Parteien und des ADGB. zusammengesetzten zentralen Hilfskomitees.

Wir werden Montag früh telephonisch anfragen, ob Sie mit einer solchen gemeinsamen Sitzung einverstanden sind, und wo und wann diese stattfinden soll.

Als die Zentrale zu der festgesetzten Frist sich bei den Parteien erkundigte, ob sie zu einer solchen gemeinsamen Sitzung zur Vorbesprechung der Hilfsaktion bereit seien, erklärten sich die Vorstände der USP. und des ADGB. dazu bereit. Der Vorstand der SPD. wollte dazu erst in einer Vorstandssitzung am Dienstag Stellung nehmen. Der Hauptausschuß der KAP. erklärte telephonisch daß er es ablehne, mit den genannten Parteien zusammenzukommen und er im übrigen in der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung"" öffentlich die Antwort zu dem Vorschlag der VKPD. geben würde. Diese Antwort liegt uns bis jetzt noch nicht vor.

Am Dienstag teilte der Vorstand der SPD. auf telephonische Anfrage mit, daß er die Hilfsaktion für Rußland als eine „Sache der Menschlichkeit" betrachte und deshalb eine Beteiligung an der proletarischen Hilfsaktion ablehne, und aus diesem Grunde auch nicht an einer gemeinsamen Sitzung teilnehmen würde. Als die Zentrale diese Stellungnahme der SPD. dem Vorstand des ADGB. mitteilte, erklärte Leipart, daß er dann allerdings seine Zusage zu der Sitzung zurückziehe, weil die Mehrheit des Vorstandes des ADGB. der SPD. angehöre. Er sei im übrigen auch der Meinung, wie sie von dem Vorstand der SPD. im „Vorwärts" kundgetan ist, wo es heißt:

„Die Zentrale der KPD. hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der Unabhängigen, der Kommunisten und der kommunistischen Arbeiterpartei zugunsten des hungernden Sowjetrußland anregt. Der Parteivorstand hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Anregung beschäftigt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die in Vorbereitung befindliche Hilfsaktion durch jede Art politischer Einstellung nur geschädigt werden kann. Die Partei betrachtet diese Aktion als eine Sache der Menschlichkeit, sie wünscht und erwartet, daß sich an ihr auch Kreise beteiligen, die außerhalb der genannten Verbände stehen. Sie wird sich daher an der allgemeinen Hilfsaktion mit besten Kräften beteiligen und ist bereit, Delegierte in das zu bildende allgemeine Hilfskomitee zu entsenden. Die kommunistische Sonderaktion lehnt sie ab."

Nachdem somit die Vorstände der SPD. und KAPD. und des ADGB. es abgelehnt hatten, sich an einer gemeinsamen proletarischen Hilfsaktion und somit auch an einer gemeinsamen Vorbesprechung zu beteiligen, kamen am Mittwoch vormittag die Vertreter der VKPD. und der USPD. im Reichstage zusammen, um über die zu treffenden Maßnahmen zu beraten.

Die Vertreter der USPD. lehnten es ab, ein gemeinsames Hilfskomitee einzusetzen, weil die Vorstände der anderen Parteien und des ADGB. es abgelehnt hatten, sich an der Hilfsaktion zu beteiligen. Es wurde aber eine Verständigung dahin getroffen, daß beide Parteien vorläufig getrennt die Arbeiterschaft zu Geldsammlungen auffordern, und zwar soll **jeder Arbeiter sofort einen Tagelohn abführen**, um aus den Erträgnissen der Sammlungen **Medikamente, chirurgische Instrumente, Getreide, Salz und Kleineisenzeug** zu kaufen und diese Materialien schnellstens nach Rußland zu transportieren. Ferner sollen **russische Arbeiter- und Bauernkinder** aus dem Ertrag der gesammelten Gelder in Deutschland untergebracht und verpflegt werden. Die beiden Parteien werden erst später ein Hilfskomitee bilden, das über die Verwendung der gesammelten Gelder beschließen wird. Die Vertreter der USPD. erklärten, daß sie sich sofort an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wenden würden, um mit deren Hilfe nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen kapitalistischen Ländern die 2. Internationale und die Gewerkschaftszentralen zu einer gemeinsamen Hilfsaktion der gesamten Arbeiterschaft zu veranlassen. Ferner wurde vereinbart, daß trotz der Ablehnung des Vorstandes der SPD. dieser ersucht werden soll, mit den Vertretern der USPD. und VKPD. gemeinsam auf die Regierung einzuwirken, daß diese bei der Preisfestsetzung und der Ausfuhr von Maschinen, Medikamenten und Lebensmitteln nach Rußland die weitgehendste Unterstützung gewährt.

Der Verlauf dieser Verhandlungen zur Einleitung einer proletarischen Hilfsaktion zeigt der Arbeiterschaft, **welche Widerstände sich einer gemeinsamen Aktion entgegenstellen.** Hier handelt es sich um die Schaffung einer Organisation **zur schnellsten Ausübung proletarischer Solidarität** und die Arbeiter werden den Vorstand der SPD. nicht verstehen, der meinte, daß damit der Sache der Menschlichkeit geschadet werden könnte. Die Arbeiterschaft wird ferner nicht der Meinung des Vorstandes der SPD. sein, daß sie erst abwartend beiseite stehen soll, bis von bürgerlicher Seite die Initiative zur „allgemeinen Hilfsaktion" ergriffen wird. Denn für die Arbeiterschaft Deutschlands handelt es sich noch um etwas mehr, als allein den hungernden und von Krankheit bedrohten russischen Arbeitern und Bauern zu helfen. Für sie handelt es sich darum, **der Konterrevolution in den Arm zu fallen, die** die Notlage Sowjetrußlands ausnutzen will, um Sowjetrußland zu beseitigen und an seine Stelle das alte zaristische Rußland zu setzen. Die russischen weißgardistischen Offiziere werben in Deutschland in aller Oeffentlichkeit und ohne durch die Regierung behindert zu werden, für den Kampf gegen Sowjetrußland und sie glauben, jetzt eine günstige Zeit für den Ueberfall zu haben. **Die Arbeiterschaft wird ein wachsames Auge haben müssen,** daß sich nicht in die „allgemeine Hilfsaktion" für die „Sache der Menschlichkeit" Kräfte einschleichen, denen es nicht um diese Sache zu tun ist, sondern die nur **unter dieser Maskierung Angriffe auf Sowjetrußland vorbereiten wollen.**

Es ist eine wichtige Aufgabe, die die gesamte Arbeiterschaft zu erfüllen hat, daß sie durch ihre proletarische Solidarität den von Hungersnot und Krankheit bedrohten russischen Arbeitern und Bauern Hilfe leistet, daß sie die deutsche Regierung zur wirtschaftlichen Unterstützung Sowjetrußlands zwingt und alle konterrevolutionären Maßnahmen gegen Sowjetrußland zunichte macht. Diese Unterstützung Sowjetrußlands in seinem Kampfe um den wirtschaftlichen Aufbau ist eine Unterstützung, die sich die deutsche Arbeiterschaft selbst gewährt. **Nur im Bunde mit Sowjetrußland wird sich die deutsche Arbeiterklasse aus ihrer eigenen Knechtschaft befreien!**

Es ist eine weitere Aufgabe der Arbeiterschaft in der SPD. und ADGB., daß sie ihren Führeren begreiflich macht, daß sie sich einer solchen proletarischen Hilfsaktion **zur Verfügung stellen müssen,** daß sie sich nicht dieser Aufgabe entziehen mit dem Hinweis auf eine **allgemeine Hilfsaktion des Bürgertums,** von deren Wesen und Umfang heute noch niemand etwas bestimmtes weiß, und die sicher nicht die Aufgabe erfüllen kann und wird, die eine proletarische Hilfsaktion zu erfüllen hat.

Wir erwarten deshalb von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie sich trotz der Ablehnung der Führer des ADGB. und SPD. in allen Orten und Bezirken **zu gemeinsamen Hilfskomitees** vereinigen wird, um den Aufgaben gerecht zu werden, die der Arbeiterschaft in dieser Situation gestellt sind.

des Weltkrieges und die Aufgaben des Proletariats. Schrieb doch Kautsky in der „Neuen Zeit" (vom 25. September 1914):

„Solange die Frage bloß lautet, ob Sieg oder Niederlage, **drängt sie alle anderen Fragen zurück, sogar die nach dem Zweck des Krieges. Also erst recht alle Unterschiede der Parteien, Klassen, Nationen innerhalb des Heeres und der Bevölkerung."**

Auch die nachmaligen Unabhängigen gingen den Burgfrieden ein und lösten ihn unter dem Druck der Massen erst Anfang 1916. Aber ihre Opposition blieb eine nur parlamentarische Opposition. Auch sie hatten vergessen, daß die **Arbeitermassen es waren, die im Kampf gegen die Bourgeoisie den Krieg beenden mußten. Sie suchten die Bourgeoisie davon zu überzeugen, daß es in ihrem Interesse liege, sich mit dem imperialistischen Gegner zu verständigen. Je mehr die Kriegsmüdigkeit auch der Bourgeoisie sich steigerte, je mehr sie am Siege verzweifelte, um so mehr machte sie sich die pazifistischen Gedankengänge der Unabhängigen zu eigen. Als der imperialistische Zusammenbruch kam, war die gesamte Bourgeoisie pazifistisch geworden. So diente der Pazifismus der Unabhängigen nicht als Hebel der revolutionären Massenbewegung zur Beendigung des Krieges gegen die Bourgeoisie, im Sinne des Sozialismus, sondern als politische Waffe eines lahmgeschlagenen Imperialismus, mit dem er seine Herrschaft gegen das Proletariat** und gegen seine imperialistischen Ueberwinder zu retten suchte.

Politische Uebersicht.

Kommunistische Abgeordnete außerhalb der Gesetze!

Breslau, 23. Juli 1921.

Heute nachmittag wurde die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Rosi Wolfstein in Breslau verhaftet.

Nähere Mitteilungen über die Gründe der Verhaftung der Genossin Wolfstein liegen noch nicht vor. Jedoch auch ohne dieselben zu kennen, kann man schon im voraus behaupten, daß diese Inhaftierung ein neuer Streich der Spitzelzentrale des Herrn Stegerwald ist. In Preußen sind unter dem System Stegerwald die Abgeordneten der VKPD. ebenso vogelfrei, wie unter dem System Kahr in Bayern. Beide, die Kahr-Regierung und Stegerwald-Polizei-Preußen ergänzen sich wechselseitig und suchen sich in konterrevolutionären Angriffen auf das Proletariat zu überbieten. Das Verbot der Halleschen „Tribüne", daß am 27. Juli erfolgte, liegt ganz in der Linie dieser Politik. Die Reichsregierung und insbesondere der famose Innenminister und Sozialdemokrat Dr. Gradnauer sehen diesem Treiben wohlgefällig zu. Die Reichsregierung hat bisher nicht gewagt, auf die Provokationen der bayrischen Landesregierung im Falle Krestinsky zu antworten. Sie wird es noch viel weniger wagen, gegen das terroristische Treiben des Stegerwald-Kabinetts und seiner Polizeimente und Spitzelstopschaft einzuschreiten. Das Reichskabinett steht in Deutschland längst nicht mehr über den Landesregierungen, sondern es ist vielmehr zum Prügeljungen Bayerns und Preußens geworden. Die berühmte Einheit der schwarz-rot-goldenen Republik mit einer Stimme Mehrheit ist in Wahrheit nichts anderes als die Einheit gegen das Proletariat und für das Schieber- und Wucherkapital.

Wir fordern die unverzügliche Freilassung der Genossin Wolfstein und die Entfernung der schuldigen Beamten, die die Gesetze über die Immunität verletzt haben, aus dem Staatsdienst.

Es ist Sache der breitesten Arbeitermassen sich hinter diese Forderungen mit allem Nachdruck zu stellen.

Genossen! Es geht um Eure Haut!

Hörsing als Schnallentreiber der Menschewistenpresse.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Grobschmied a. D. Hörsing, hat dem Kranz seiner bisherigen Blut- und Gewaltpolitik ein neues Schandblatt eingefügt. Er hat unser Hallenser Parteiorgan, die **„Tribüne", erneut auf die Dauer von 10 Tagen verboten.** Und zwar mit einer Begründung, die den gewissen- und skrupellosen, um seine staatliche Futterkrippe bangenden Bourgeoisieknecht, den wir bisher in ihm kannten, womöglich noch um einige Grade verächtlicher und erbärmlicher erscheinen läßt.

Hörsing und sein Parteigenosse Dölz in Halle, ein geistig armer Tropf, der buchstäblich nicht weiß, welche Fähigkeiten ihn eigentlich zum Polizeipräsidentenposten in Halle geeignet machen, sind, wie wir bestimmt wissen, die **Haupthindernisse für die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Bezirk Halle.** An ihrem fortwährendem Einspruch ist der Plan der Reichsregierung, mit der Schikanierung der Kommunisten in Halle endlich Schluß zu machen, gescheitert. Die Beweggründe für diese ihre Kommunistenhetzpolitik werden einwandfrei aufgedeckt durch das erneuerte Verbot der „Tribüne" und dessen Begründung. Wir wollen es deshalb der Nachwelt als ein Dokument der tiefsten Stufe der moralischen Verlumpung zweier Ordnungsstützen nicht vorenthalten. Das Schriftstück lautet:

„Auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. März 1921 und des Artikels 118 der Reichsverfassung **wird die Zeitung „Tribüne" in Halle auf die Dauer von 10 Tagen vom 28. Juli 1921 an verboten, weil durch zahlreiche Artikel in letzter Zeit die Arbeiterschaft zu einheitlichem und geschlossenem Kampf aufgefordert und Behörden angegriffen worden sind,** wodurch aufs neue die Ruhe und Ordnung in der Provinz gefährdet wurde.

Magdeburg, den 27. Juli.

gez. Hörsing."

Also weil die „Tribüne" in letzter Zeit die Arbeiter immer wieder zu einheitlichem Kampfe aufgefordert, weil sie Behörden angegriffen hat, wird sie von dem Sozialdemokraten Hörsing, der nach außen hin die „Freiheiten" der Weimarischen Verfassung als den Gipfel der demokratischen Volksbeglückung zu preisen pflegt, wird sie einfach verboten. In den Augen dieses Kapitalknilis ist es also ein Verbrechen, die Arbeiter zum einheitlichen und geschlossenen Kampfe gegen ihre zunehmende Verelendung und Versklavung aufzurufen. Sie sollen sich also widerstandslos ausbeuten und schurigeln lassen. Dieses Bekenntnis ist so klar und eindeutig, daß sogar der dümmste Arbeiter es verstehen und daraus die Konsequenzen ziehen muß.

Die Verbotsbegründung ist nicht ohne Absicht so allgemein und verschwommen gehalten. Hörsing ist nämlich nicht in der Lage, den Beweis zu erbringen, daß durch die Arbeiter-Einheitsfrontforderungen der „Tribüne" die „Ruhe und Ordnung" im Halleschen Bezirk gestört worden ist. Was ihn zu seiner Willkürmaßnahme veranlaßt, das ist vielmehr sein Entsetzen, daß sein Blut- und Gewaltregiment im Bezirk Halle kläglich Schiffbruch gelitten hat, daß auch die schamloseste weiße Justiz, die in Zuchthausverurteilungen geradezu schwelgt, dem Kommunismus der mitteldeutschen Arbeiter keinerlei Abbruch zu tun vermag. Die „Tribüne" nimmt täglich an Abonnenten und Einfluß auf die Massen zu. Die [illegible] dagegen leiden an zunehmender Entkräftung. Deshalb muß Ebert-Hörsing versuchen, ihnen verwaisten Abonnenten zuzu-

treiben. Deshalb wiederholt er zum zweiten Male das Verbot der „Tribüne" **wenige Tage vor dem Monatswechsel.** Die Wahl des Datums und die dummdreiste Begründung des Verbots sind vollgültige Beweise für die rechtsverbrecherische Absicht des bewährten Arbeiterschlächters Hörsing, der nur gegen Kommunisten seine eiserne Faust zu zeigen wagt, sich dagegen von Hallenser Orgeschbanditen frech auf der Nase herumtanzen läßt.

Wir sind begierig zu erfahren, was der Amsterdamer ADGB., der die Einigkeit der Arbeiterklasse immer so schön im Munde führt, zu diesem neuesten Attentat seines Helfershelfers **Hörsing** auf die Einheitsfront der Arbeiter zu sagen haben wird. Wir sind aber auch ebenso gespannt darauf, was „Genosse" **Gradnauer,** der Reichsinnenminister, gegen diese schamlose Vergewaltigung der Verfassung durch Hörsing einzuwenden haben wird. Sollte er den Hörsingschen Willkürakt nicht sofort rückgängig machen, so müßten wir ihn offen der Mittäterschaft an einem **namenlosen Rechtsverbrechen zeihen, das lediglich aus engstirnigen sozialdemokratischen Partei- und Geschäftsinteressen erlassen wurde.**

Die Kommunistische Reichstagsfraktion wird nicht verfehlen, Herrn **Wirth,** der bei seinem Regierungsantritt so rührend schön über Verständigung und Versöhnung zu plaudern wußte, Gelegenheit zu geben, diesen neuesten Schandstreich des Schandbuben Hörsing zu rechtfertigen oder zu desavouieren.

Der blutige Zusammenstoß in Stettin von Offizieren der Reichswehr vorbereitet.

(WTB.) Stettin, 27. Juli. **Das Polizeipräsidium teilt mit: Nachdem bereits am Montag abend durch Angehörige des hiesigen Reichs-Pionierbataillons Nr. 2 die öffentliche Ruhe und Ordnung in den Grabower Parkanlagen erheblich gestört worden war und Reichswehrangehörige sich der Feststellung ihrer Persönlichkeit mit blanker Waffe widersetzt hatten, machten am Dienstag abend gegen 10 Uhr Angehörige des oben genannten Reichswehrtruppenteils gemeinsam mit radaulustigen Zivilpersonen in der Nähe des Parkhauses einen Angriff auf im Dienst befindliche städtische Polizeibeamte. Letztere sahen sich plötzlich einer größeren Menge gegenüber, aus deren Mitte etwa 15 scharfe Schüsse fielen. Gleichzeitig drangen Soldaten mit gezogenem Seitengewehr auf die Beamten ein, worauf letztere zur Abwehr des Angriffes von der blanken Waffe Gebrauch machten. Eine Anzahl Ruhestörer wurden verhaftet. Mehrere Verletzte wurden nach Anlegung von Notverbänden ins Lazarett bzw. zu ihrem Truppenteil befördert.**

Nach Mitteilungen des „Vorwärts" steht der Angriff der Stettiner Reichswehr auf die Schupo mit den reaktionären Plänen der Reichswehroffiziere in Zusammenhang. Er berichtet darüber:

Die Pioniersoldaten nahmen schon seit Tagen ein überaus provozierendes Verhalten den Polizeibeamten gegenüber ein, reizten sie durch Schimpfworte und die Aufforderung an Zivilpersonen, den Anordnungen der Beamten nicht Folge zu leisten. Bei einem Wortwechsel zwischen einem Pionier und einer Zivilperson kam es dann im Interesse der Regelung des Verkehrs zu polizeilichem Einschreiten. Dies erstreckte sich zunächst lediglich auf die Personalienfeststellung, die jedoch in den meisten Fällen verweigert wurde und deshalb erzwungen werden mußte. Es liegen zuverlässige Nachrichten vor, daß der Zusammenstoß am 26. planmäßig von den Offizieren vorbereitet war.

Der Grund für das Verhalten der Reichswehrtruppen ist noch nicht völlig aufgeklärt; man nimmt jedoch an, daß er in der bevorstehenden Auflösung der Militärgerichtsbarkeit zu finden ist, wodurch die Reichswehrtruppen der Zivilgewalt und damit der Polizei als Vollstreckungsorganen überwiesen würden. Dies paßte offenbar den meist jugendlichen Angehörigen des Reichswehr-Pionierbataillons nicht, und so suchten sie durch Gewalt diese Maßnahme zu vereiteln.

Die Vermutungen des „Vorwärts" werden bestätigt, durch die nichtssagende Erklärung des Garnisonkommandos. Sie lautet:

„Bedauerlicherweise ist es gestern abend in den Anlagen zu Reibereien zwischen Angehörigen der Reichswehr und der Schupo gekommen. Die noch nicht abgeschlossene Feststellung wird den genauen Sachverhalt klarlegen, der sobald als möglich der Presse zur Veröffentlichung übergeben werden wird. Eines läßt sich jedenfalls jetzt schon mit Bestimmtheit sagen, daß es sich lediglich um Mißhelligkeiten handelt, die sich seit einiger Zeit zwischen einigen Angehörigen des Reichsheeres und der Schupo gezeigt haben, und an denen das Zivilpublikum sich in keiner Weise beteiligt hat."

Wird Herr Geßler den Mut und die Kraft finden, gegen das reaktionäre Treiben seiner Monarchistenoffiziere vorzugehen?!

Putschmeldungen als Vorbereitung zum Kommunistenpogrom.

TU. verbreitet die sensationelle Nachricht von der Vorbereitung eines neuen Linksputsches in Deutschland. Es sollen in Düsseldorf, Köln, Breslau, Brieg und anderen Städten bereits eine Reihe Personen verhaftet sein, die die Annahme bestätigen, daß mit französischer Unterstützung an Geld und Waffen (!?) in den nächsten Monaten ein neuer Umsturzversuch geplant sei. Einer der Verhafteten soll geantwortet haben auf die Frage, warum Frankreich oder auch nur französische Kreise ein Interesse an der Ausbreitung bezw. dem Siege des Kommunismus in Deutschland haben sollten, daß Frankreich ein sehr großes Interesse daran habe, eine neue Erschütterung in Deutschland herbeizuführen, da der Haß gegen Frankreich infolge der oberschlesischen Vorgänge usw. bedenklich gestiegen sei und die Reaktion sehr an Macht gewonnen habe. Diese zu bekämpfen und zu hemmen, daran sei französischen Kreisen sehr gelegen. Die Zentrale der Putschorganisation soll sich im besetzten Rheinland befinden.

Die ganze Meldung ist derart plump und durchsichtig, daß sie sich sogleich von selbst als nationalistische Hetzmache entlarvt. Wir halten es deshalb unter unserer Würde, auch nur ein Wort der Widerlegung daran zu verschwenden. Sogar die offiziösen PPN. müssen dazu melden:

„Die ganze Meldung entpuppt sich sehr rasch als Schwindelnachricht. An zuständiger amtlicher Stelle erklärte man am Montag abend, daß in den genannten Städten keine im Zusammenhang mit linksgerichteten Putschbestrebungen stehenden Verhaftungen vorgenommen worden sind. Die Nachricht erweist sich danach als ein sehr leichtfertiges Hetzprodukt."

Warum das Stinnes-Nachrichtenbüro die Schwindelmeldung in die Welt setzt, kann sich jeder Arbeiter selbst denken. Es gilt die eigenen Mordvorbereitungen zu verschleiern, die jetzt wiederum einwandfrei enthüllt worden sind.

Um die Truppensendungen nach Oberschlesien.

Die Frage der französischen Truppensendungen nach Oberschlesien auf eigene Faust hat eine neue Wendung genommen. England widersetzt sich der Truppensendung energischer als zuvor im Hinblick auf die mögliche Verwendung dieser Truppen in Rußland im Falle eines Sturzes der Sowjetregierung. Die französische Regierung läßt durch die Havasagentur „die Absicht, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen für den Fall des Sturzes der Sowjetregierung in Rußland einzugreifen", ableugnen. Gleichzeitig teilt der französische Botschafter in London, Lord Curzon, mit, daß die französische Regierung es für unmöglich halte, eine Sitzung des Obersten Rates einzuberufen, bevor die Frage der Truppensendung nach Oberschlesien geregelt sei.

Auch der „Temps" setzt sich mit allem Nachdruck für die Entsendung der Truppen vor der Sitzung des Obersten Rates ein. Die französische Presse erwägt auch die Möglichkeit der Sendung der Truppen auf dem Seewege über Danzig. Falls die sofortige Entsendung von Verstärkungen nicht erfolgt, droht der „Temps", Frankreich werde „jedes Attentat oder jede Unruhe in Oberschlesien sofort mit der Ergreifung von Sanktionen an irgendeiner beliebigen Stelle des deutschen Reiches beantworten".

Der Konflikt zwischen England und Frankreich spitzt sich in dem Augenblick wieder zu, da die Gefahr, in der sich Sowjetrußland befindet, selbst nur die **Möglichkeit der Schaffung eines neuen imperialistischen Streitobjektes auftauchen läßt. Die Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich um die Truppensendungen zeigt dem Proletariat mit Blitzeshelle, welche Gefahren Sowjetrußland von den ausländischen Imperialismen drohen. Die deutschen und französischen Arbeiter müssen sich bereit halten, Truppensendungen nach Oberschlesien mit allen tauglichen Mitteln zu verhindern.**

Kampf der Eisenbahner gegen die Orgesch.

Durch Süd- und Mitteldeutschland, besonders durch Halle gehen fast täglich Militärtransporte, sowie falsch deklarierte Waffen- und Munitionstransporte, gegen die von den Eisenbahnern ein zäher Kleinkampf geführt wird. Es wurden zur Unterstützung der Betriebsräte Kontrollkommissionen bei den verschiedensten großen Eisenbahnknotenpunkten gebildet, die unter Einsetzung ihres Lebens den konterrevolutionären Vorbereitungen und Sammlungen entgegentreten. Es ist bekannt, daß z. B. in Dresden die Eisenbahner nicht nur beschimpft, sondern auch verprügelt wurden, daß in vielen anderen Orten fast täglich Drohungen gegen pflichttreue Beamte und Arbeiter ausgestoßen werden. So auch in Halle.

In die Hallenser Kontrollkommission wurden auch Kriminalbeamte hineingenommen. Denen wurde von Halleschen Orgeschleuten erklärt, „Wenn sie nicht plötzlich verschwinden wollen (!), dann sollen sie machen, daß sie vom Bahnhof kommen." Dadurch eingeschüchtert, hat die Kontrollkommission ihre Tätigkeit aufgeben wollen. Sie stößt aber auf den Wiederstand der Eisenbahner, die sich auf das Verbot der Bildung illegaler Formationen in Ausführung der entsprechenden Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Reichsregierung stützen. Sie stützen sich weiter auf Verordnungen der Eisenbahndirektion und auf den Aufruf des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes in der Nr. 23 seines Verbandsorgans. Es ist Pflicht dieses Verbandes seine Mitglieder, die in Erfüllung des Aufrufes in Gefahr geraten, vor diesen konterrevolutionären Organen zu schützen. Es ist Pflicht aller Eisenbahnverwaltungen, ihre Bediensteten vor den Bedrohungen der Orgeschleute zu bewahren und die Durchführung des Dienstes zu sichern.

Die Reichsregierung hat sich zwar noch nirgends energisch für die Befolgung ihres Verbotes eingesetzt. Wenn sie auch jetzt still schweigend Duldung übt, werden und müssen die Eisenbahner zu ihrer selbstwillen zur Selbsthilfe greifen.

Schiffer droht!

Auf einer Veranstaltung der demokratischen Partei in Remscheid hielt der Justizminister Schiffer eine Rede über die Folgen eines Verlustes Oberschlesiens für die Regierung Wirth, für die Entwicklung Deutschlands und Europas. Wie bei der Innenpolitik der Reaktionär Schiffer es ist, der die Haltung der Regierung bestimmt, so bringt er auch in diesen außenpolitischen Ausführungen die Ansichten der deutschen Kapitalisten und ihrer Regierung am klarsten zum Ausdruck. Geht Oberschlesien verloren, so kann sich die Regierung Wirth nicht mehr halten, es muß zu einer neuen Regierung, zu neuen Reichstagswahlen kommen. Das Schicksal Deutschlands würde dann entweder in den Händen der äußersten Rechten liegen, was Chaos in ganz Europa bedeutet, oder in den Händen der äußersten Linken, was für Schiffer selbstverständlich der Schrecken aller Schrecken ist.

„Ganz plötzlich kann das in drei Jahren mühsam aufgerichtete Gebäude zusammenbrechen und das Reich unter seinen Trümmern begraben, und mit diesem Reich wird das Wirtschaftsleben vernichtet sein."

Wirths Regierung will also nur unter der Bedingung des Verbleibs der entscheidenden Teile Oberschlesiens bei Deutschland ihre Rolle als Sklavenhalterin am deutschen Proletariat weiterspielen. Deshalb malt Schiffer nach Wirths Rücktritt das Chaos, den Zusammenbruch Deutschlands und Europas an die Wand.

Die Sozialdemokraten stimmen dieser Meinung nicht zu. Die „Sozialistische Korrespondenz", die ebenfalls mit einem Rücktritt Wirths rechnet, erklärt, daß auch dann ein republikanischer Block zur Uebernahme der Regierung in Deutschland bereit sein müsse. Sie ladet die Unabhängigen ein, die von Wirth aufgegebene Sklavenhalterrolle unter noch elenderen Bedingungen, als Wirth sie hatte, zusammen mit ihnen zu übernehmen.

Die Vertreter des Kapitals sind sich des Bankrotts ihres Systems wohl bewußt. Aber sogenannte Arbeiterparteien erklären sich bereit, anstatt dem Kapitalismus bei seinem Zusammenbruch den letzten Stoß zu versetzen, ihn mit den Leichen des Proletariats zu stützen.

Regierungskrise in Sachsen.

(TU.) Dresden, 28. Juli.

In den Ausschüssen des sächsischen Landtages, wo heut wiederum die Regierungsvorlage über eine Grund- und Gewerbesteuer beraten wurde, kam es zu einer Sensation. Die beiden Vorlagen wurden nämlich mit allen bürgerlichen und mit den Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Dadurch ist die sächsische Regierung in eine sehr schwierige Situation geraten, die Finanzminister Heldt dadurch kennzeichnete, daß er betonte, der Regierung würde bei der Ablehnung der beiden Vorlagen nichts weiter übrig bleiben, als zurückzutreten. Falls die Regierung zurücktreten würde, wäre die nächste Folge die Auflösung des Landtages und die Ausschreibung von Neuwahlen.

In Abgeordnetenkreisen herrscht der Eindruck vor, daß die Regierung auf Neuwahlen hinarbeitet.

Wölfe im Schafpelz.

Die weißgardistische Presse, die sofort bei den ersten Nachrichten von der Hungersnot in Rußland in dieser Volkskatastrophe einen geeigneten Vorwand für ein neues interventionistisches Unternehmen erblickte, sucht nunmehr schlau zu manövrieren.

„Obschtscheje Djelo", das von Burzew begründete sogenannte Nationalkomitee, sowie auch die Organisation der russischen Spekulanten und Bankiers in Paris haben einen öffentlichen Aufruf erlassen, in dem sie zur Hilfe für die Hungernden in Rußland auffordern. Die Verteilung der Lebensmittel unter die Bevölkerung soll jedoch nur unter Beteiligung der „unabhängigen" russischen Gesellschaft und unter der Kontrolle der ausländischen Mächte erfolgen. Im Zusammenhang damit schreibt „Nowy Mir" ganz zutreffend:

„Es wurde ein schlauer Plan ausgeheckt: geht die Sowjetmacht in ihrem Bestreben, die hungernde Bevölkerung zu ernähren, darauf ein, die Mitarbeit beliebiger Organisationen zuzulassen, dann kann man diese nicht nur ungestört zu Herden der Konterrevolution ausbauen, sondern man kann auch unter Betonung seines anscheinend unpolitischen Charakters dem Volke

heuchlerisch zurufen: „Seht ihr, die Sowjetmacht hat euch in den Hunger getrieben, und wir ernähren euch!“ Falls aber diese reaktionären Organisationen nicht zugelassen werden, dann können die Miljukow-Leute ebenfalls triumphieren und hetzen: „Da habt ihr es! Wir haben für euch im Auslande Brot gesammelt und die Sowjetmacht läßt es nicht zu euch gelangen.“

Wir haben das Vertrauen zur Sowjetregierung, daß sie bei weitgehender Zulassung aller wirklich hilfsbereiten Elemente und Organisationen den Versuchen dunkler Ehrenmänner, konterrevolutionäre Putsche zu organisieren, von vornherein zu begegnen wissen wird.

Wie Werksleitung und Bergbehörde Grubenunglücke verhüten.

Am Samstag, den 9. Juli, ereignete sich auf Schacht 4 der Gewerkschaft Friedr. Thyssen, Hamborn, bei der Mannschaftsbeförderung der Frühschicht eine schwere Karambolage im Schacht, und es ist nur ein glücklicher Zufall, daß nicht wieder eine Reihe Bergarbeiter ihr Leben einbüßten. Die bereits angefahrenen Bergarbeiter mußten wieder herausgeholt werden, und die Größe der Beschädigung ist daraus zu sehen, daß sofort die Reparatur des Schachtes aufgenommen und bis Montag früh intensiv ununterbrochen gearbeitet wurde, so daß erst am Montag, den 11. Juli die Morgenschicht wieder anfahren konnte.

Die Belegschaft hatte schon sehr oft darüber Beschwerde geführt, daß sie im Schacht hin und her geschleudert würde, und es war deshalb bereits des öfteren zu Auseinandersetzungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat und am 7. April auch mit dem Bergrat Schaugsten hierüber gekommen. Am 6. Juli, also 3 Tage vor dem Ereignis, meldete der Betriebsrat dem Inspektor Weber und dem Betriebsführer Hesse wiederum, daß sich Kameraden über die Seilfahrt beschwerten. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich Inspektor Weber, daß wohl wieder einige Radaubrüder etwas suchen (!).

Jetzt führt man seitens der Verwaltung des Schachtes das Ganze darauf zurück, daß die Fangvorrichtung während der Seilfahrt in Tätigkeit getreten ist, und diese dabei defekt wurde. Nun stellen wir die Frage an Fachleute: „Wie ist es möglich, daß eine Fangvorrichtung in Tätigkeit treten kann, ohne daß der Korb einen Halt im Schacht bekam und ohne daß das Hängeseil da war?“ Fest steht, die Werkleitung legte trotz aller Beschwerden nicht genügend Augenmerk auf den Schacht; denn die Spurweite war durch den Verschleiß der Spurlatten eine zu große.

Die Bergbehörde, die objektivste Behörde des Staates, führte nun am 12. Juli eine Untersuchung. Wer jedoch denkt, diese Behörde besäße soviel Objektivität, auch den Betriebsrat, dessen Aufgabe es doch ist, mit allen nur möglichen Mitteln zur Beseitigung von Unfällen mitzuwirken, bei dieser Untersuchung hinzuzuziehen, der ist auf dem Holzwege. Nein, die Untersuchung wurde nur unter der Werkleitung und Bergbehörde gemacht.

Wie vollzog sich diese Untersuchung? Herr Bergrat Jansen, Herr Bergrat Lweiski, drei Personen anscheinend Assessoren, Herr Direktor Schmitz, Herr Inspektor Weber, Herr Betriebsführer Hesse und der Fahrhauer des Schachtes, sowie der Schmiedemeister stellten sich auf die Hängebank und ließen den Korb verfahren. Einige der Herren gingen nun nacheinander auf den Korb zu und besahen sich die straff im Seil hängende Fangvorrichtung, damit hatte der ganze Humbug (Untersuchung) seine Erledigung gefunden. Am 15. Juli fand nun eine Besprechung des Betriebsausschusses mit Herrn Betriebsführer Hesse statt, in welcher das Herausholen der Feierschicht vom 9. Juli besprochen wurde. Diese Besprechung ergab, daß der Betriebsausschuß zustimmte, die Schicht könne herausgeholt werden, wenn bis zur Instandsetzung des Schachtes, des Sonntags auf vier Schichten, je 6 Stunden im Schacht gearbeitet würde. Sofort am Schlusse der Sitzung, wurde dem Herrn Betriebsführer Hesse das Protokoll vorgelesen und von ihm als richtig anerkannt. Als er jedoch nachträglich das Protokoll unterschreiben sollte, strich dieser Herr die Worte, bis zur Instandsetzung des Schachtes einfach durch, und schreibt unter das Protokoll, der Schacht ist in Ordnung, wie ich in der Sitzung mehrmals erwähnt habe; Also der Schacht ist in Ordnung; aber trotzdem wird im Schacht des Sonntags auf 4 Schichten gearbeitet zu je 6 Stunden.

Aus diesem Vorfall ist nun zu ersehen, daß die Betriebsräte, auch diejenigen, welche auf dem Posten sind, doch nichts machen können und wie ein Abgeordneter ganz richtig sagte: „Weiße Salbe“ sind. Würde die Bergbehörde ihre Grubenfahrten mit der Werksleitung und dem Betriebsrat machen, so würden sie manchmal auf Sachen stoßen, die ihr jetzt unbekannt bleiben. Dagegen macht sie sämtliche Fahrten nur mit der Werksleitung und mißbraucht den Betriebsrat, alle drei Monate einmal, um mit diesem die Unfallgefahren zu besprechen. Diese Besprechungen führen nur dazu, daß die Werksleitung verspricht, die bestehenden Mängel abzustellen, welches dann doch nicht gemacht wird.

Der gesamte Betriebsrat.

Frankfurter Kommunistenprozeß.

Zweiter Verhandlungstag (Nachmittagssitzung).

Eingangs der Sitzung entspannen sich zwischen dem Angeklagten Armbrecht und seinen Verteidigern und dem Vorsitzenden längere Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Bezeichnung „Bendlerblock“, die in einem „Angriffsplan“ vorkommt. Der Angeklagte behauptet, nicht zu wissen, daß darunter das Berliner Regierungsviertel zu verstehen sei. Der Vorsitzende meint, daß man dann ebenso nicht zu wissen brauche, wo sich die Tauentzienstraße befindet. Es gelangen dann Fragebogen zur Verlesung, die sich mit der Zusammenstellung von Personal für Fliegerabteilungen befassen und derart fachmännisch ausgearbeitet sind, daß jeder Unbefangene auf den ersten Blick erkennt, dieses kann nur das Werk erstklassiger Spezialisten der Fliegerwaffe sein. Niemals kann bei den Berufen und militärischen Chargen der Angeklagten auch nur der Schein eines Verdachtes der Urheberschaft auf diese fallen. Bei der weiteren Vernehmung der Angeklagten Kunz und Armbrecht kommt zur Sprache, daß der in der Anklageschrift mit dem Titel „Adjutant“ belegte Feindt, eine zum mindesten zweifelhafte Persönlichkeit ist, der sich mit allerlei militärischen Mätzchen und Spielereien befaßte, sich „General“ nannte und derartige Scherze mehr trieb. Es schwebte gegen ihn auch, wie aus den beschlagnahmten Akten hervorgeht, auch ein **Ausschlußverfahren** aus der KAPD., der seit verdächtiges Benehmen aufgefallen war, so daß man ihm eines Tages Material abnahm und dieses Armbrecht zur Prüfung übergab. Dieses wurde dann bei der Beschlagnahme der Kiste in einem besonderen Paket gefunden und hieraus schöpft der Staatsanwalt den Extrakt seiner Anklage. Fest steht, daß diese Menge zusammenhangloser Notizen nur von einem ausgekochten Spitzel oder einem nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen stammen kann. Dem Vorsitzenden ist der Ausdruck „Kampffondsmarken“ so fremd, daß er darunter partout Beitragsmarken zu einer militärischen Aktion verstehen kann und es bedurfte erst wiederholter Hinweise auf die Gepflogenheiten fast sämtlicher Parteien, um ihn von dieser Ansicht abzubringen. — Mit der wiederholt zum Ausdruck gebrachten Meinung, daß die KAPD. der Vortrupp des revolutionären Proletariats sei und alles für seine Befreiung dransetzte, steht die Aussage des Angeklagten Bauer nicht im Einklang, der behauptete, **daß 93 Prozent seiner Parteigenossen für die Gründung eines proletarischen Selbstschutzes als Gegengewicht gegen die Orgesch nicht zu haben wäre.** — Die Vernehmung der Angeklagten Schwarz und Doufrain bringt nichts Wesentliches. Um 7 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwoch vormittag vertagt.

•

3. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Verhandlung gibt Genosse Dr. Seckel der Beschwerde der Angehörigen der Angeklagten Ausdruck, denen man Eintrittskarten für den Saal verweigert hat, weil Kriminalbeamte die Plätze für sich beanspruchen. Der Vorsitzende verspricht, ihm täglich 10 Karten sicherzustellen. Der Angeklagte Markloff steht ebenfalls in dem berühmten schwarzen Heft von Lehmann, und zwar als Gruppenführer. Markloff bestätigt, daß das Buch nur einer neuen Organisation der Versammlungseinladungen dienen sollte. Er kennt außer Lehmann keinen der Angeklagten. Der Angeklagte Faber stellt fest, daß er niemals an Aktionen und Zusammenkünften teilgenommen habe. Er hat nur zu öffentlichen Versammlungen eingeladen. Wilhelm Helmbold ist schon vor längerer Zeit aus der KAP. ausgetreten und verweigert die Auskunft über die Gründe seines Austritts. Walter Helmbold ist nur als Zeitungsträger tätig gewesen und hat gelegentlich als Besitzer eines Fahrrades 12 Genossen zu einer Sitzung eingeladen. Der Angeklagte Weber, der den Eindruck eines nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen macht, gibt in stockender und ziemlich zusammenhangloser Rede Auskunft. Er hat als Schießmeister im Laufe einiger Monate etaw 35 Dynamitpatronen entwendet, um sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. An irgendwelche politische Verwendung hat er nicht gedacht. Er hat einen Teil des Dynamits in seinem Heimatort zu Feuerwerkskörpern verarbeitet und bei Hochzeitsfestlichkeiten verwendet. Den anderen Teil hat sein Schwager, der jetzt unauffindbare Gilles, erhalten. Gilles hat ihm keine Angaben über die beabsichtigte Verwendung gemacht.

Die Vernehmung der Angeklagten ist damit beendigt. Bei der Beweisaufnahme wird zuerst als Sachverständiger Sanitätsrat Dr. Gelfink vernommen. Sein Gutachten über Lehmann rollt das Drama eines Menschenschicksals auf. Lehmann ist nach seinen Ausführungen ein schwer nervöser und reizbarer Mensch, Psychopath und bereits vor dem Kriege wegen schwerer nervöser Erregungszustände längere Zeit in Behandlung gewesen. Er mußte 1916 aus dem Heere entlassen werden. Auch in der Untersuchungshaft hat Lehmann schwere Anfälle erlitten, daß er etwa 3 Monate fast blind war und 48 Pfund abgenommen hat!! Trotzdem kommt der Gutachter zu dem Ergebnis, daß auf Lehmann der Schutz des § 51 nicht zutreffe. Auf Antrag der Verteidigung wird als weiterer Sachverständiger Professor Dr. Goldstein geladen, der Lehmann vor mehreren Jahren behandelt hat. Der Angeklagte Förtsch wird als geistig minderwertig geschildert. Die Gerichtschemiker Dr. Jeserich-Berlin erstattet sodann sein Gutachten über verschiedene von ihm untersuchte Dokumente. Es zeigt sich, daß der Versuch mißglückt ist, dem Angeklagten Kunz die Urheberschaft an verschiedenen mit Kz. unterzeichneten Schriftstücken zuzuschieben. Damit fällt wieder ein Punkt der Anklage.

Von den Zeugen wird zuerst Frau Rückert-Neukölln vernommen, bei der die Armbrecht gehörige Kiste gefunden wurde. Sie behauptet, die Kiste sei ihr am Tage der Beschlagnahme von Frau Armbrecht übergeben worden, um sie einige Tage aufzubewahren. Ihre Tochter Gertrud unterstützt diese Behauptung. Der Kriminalwachtmeister Haar-Neukölln hat infolge einer Anzeige die Kiste bei Frau Rückert beschlagnahmt, weil er Diebesgut darin vermutete. Oberwachtmeister Kühnicke hat als Beamter der politischen Polizei das Material pflichtgemäß durchschnüffelt. Er hat Armbrecht vorgeladen unter dem Vorwand, ihm das gesamte Material zurückzugeben, und ihm dann bei seinem Erscheinen verhaftet. Tatsächlich wurde Armbrecht abgeführt ohne Haftbefehl, der ihm erst 8 Tage später im Gefängnis Moabit vorgelegt wurde.

Als nächster Zeuge wird Maler Reimann-Lichterfelde vernommen, dessen wirre Aussagen allgemeiner Skepsis begegnen. R. will einen Ausmarsch einer Abteilung von etwa 1000 Mann von Neukölln nach Karlshafen mitgemacht haben. Hierbei soll exerziert worden sein, und Kunz soll den Befehl geführt haben. Scharf angepackt, muß R. zugestehen, daß Kunz zu Beginn der Wanderfahrt, die mit Frauen und Kindern unternommen wurde, gar nicht dabei war und daß er ihn erst am Schluß des Spazierganges bemerkt habe. R. war nur 8 Wochen Mitglied der KAPD. (April—Mai 1920) und will trotzdem gleich „Adjutant“ der „Kampforganisation“ gewesen sein. Bei Durchsicht mehrerer Schreiben erklärt der Zeuge, daß die Unterschrift Kz. von Kunz oder Happach herrühre. Später gibt er zu, daß er die Handschriften nicht so genau kenne, **sie könnten auch von anderen Personen herrühren.** Bestätigen muß er, daß die Parteileitung die als Abwehrorganisation gegründete KO. aufgelöst habe und daß sich gegen diesen Beschluß Gegenströmungen bei den Mitgliedern bemerkbar machten. Nach Gerichtsbeschluß wird der Zeuge vereidigt. — Der nächste Zeuge Arbeiter Gustav Faustmann war nur kurze Zeit Mitglied der Partei, ist infolge Mißtrauens verschiedener Parteigenossen rasch wieder ausgetreten und will eine Versammlung in den Comeniusfälen mitgemacht haben, in der Feindt Leute verschiedener militärischer Ausbildung in entsprechende Trupps eingeteilt hat. Kunz sowie die anderen Angeklagten sind ihm unbekannt. Zeuge Arbeiter Willy Ostermann gehörte seiner Zeit zur Vorwärtsbesatzung und war infolge schwerer Kriegsbeschädigung (ein Kopf- und zwei Lungenschüsse) bis März 1920 im Krankenhaus. April und Mai 1920 war er Mitglied der KAPD., infolge seiner Kopfverletzung kann er sich auf Details der damaligen Vorgänge nicht mehr erinnern. Da die Aussagen O.'s offenbar nicht in das Programm des Sondergerichts passen, wird unter dem Verdacht der Begünstigung und unter Berufung auf den § 56, 3 des RStrGB. von einer Vereidigung Abstand genommen. Der Vorsitzende kann es sich nicht verkneifen, dem Zeugen auf die hieraus sich ergebenden „Konsequenzen“ des Staatsanwalts hinzuweisen. — Zeuge Heinr. Kunz-Heidelberg, ein Onkel des Angeklagten gleichen Namens, gibt über die persönlichen und familiären Verhältnisse seines Neffen Auskunft, die im Gegensatz zur Anklageschrift feststellen, daß Kz. seinen Verpflichtungen gegenüber seiner Familie stets nachgekommen ist. Durch eine Zwischenfrage des Staatsanwalts stellt sich heraus, daß man seiner Zeit den Angeklagten Lehmann, als dieser schwerkrank im Lazarett lag, mit einem 8stündigen Verhör gepeinigt hat. Auffallend ist, daß dieses Vernehmungsprotokoll nicht die Unterschrift Lehmanns trägt, sondern nur der Staatsanwalt seinen Namen daruntergesetzt hat, was der Vorsitzende auf besonderen Wunsch L.'s feststellen muß. — Maschinist Beron stellt u. a. fest, daß auf einer in Sachsen stattgefundenen Konferenz Kunz ganz energisch gegen Bestrebungen, die auf eine Weiterführung der Kampforganisation hinzielten, aufgetreten ist. Zeuge Ernst Happach-Neukölln wird nicht vereidigt, da gegen ihn Verdacht der Mittäterschaft besteht. H. gibt an, daß die KO. aus der Masse heraus während des Kappputsches als Abwehr ins Leben gerufen und 6 Wochen später durch Beschluß der KAPD. aufgelöst wurde. Dieser Beschluß war vom Parteitag sanktioniert. Gegen 8 Uhr abends wird die Verhandlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Arbeitsfriede.

17] Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee 1921.

Das war etwas ganz Neues, aber in der Versammlung war es jedem klar, natürlich wird das so sein. Aber da meldeten sich auch schon welche, die jetzt die Pläne mit der Werkstätte und der Schule weiterspannen und für weiteren Ausbau eintraten und die gleichfalls schon die Unterstützung der Organisationen dafür gewonnen hatten. Der Bewohnerausschuß wuchs mit jedem weiteren Sprecher in seiner Würde und Bedeutung. Die Gemeinschaftsarbeiten müßten in die Statuten aufgenommen werden, damit nicht wieder die frühere Trägheit und Unfrieden einreißen. So ginge das ganz gut. Es wurde zugestimmt, daß von der Jugend ein Vertreter in den Ausschuß aufgenommen wurde. Ein paar Frauen schüttelten allerdings den Kopf. Trauten sie ihren Kindern nichts zu, oder wuchs ihnen die ganze Entwicklung über den Kopf — möglich das letztere. Sie hatten doch nicht recht den Mut aufbringen gelernt, über ihren kleinen Wirtschaftskreis hinauszublicken. Woran meist die Männer schuld wären, die auftraten als hätten sie das Recht zu fordern und sie der Sorge um den Einzelhaushalt überließen. Andere Frauen waren klüger, die trieben noch wieder ihrerseits die Männer an, von denen einige es lieber gehen lassen wollten wie es ging. Sie schämten sich nur vor den andern, es offen einzugestehen. So daß sie schließlich alle einstimmig für diese neuen Pläne eintraten.

Dann kam noch ein Fall zur Verhandlung, wo sich zwei wegen des Wasserverbrauchs, den sie gemeinschaftlich bezahlen mußten, gezankt und gegenseitige Beschwerden eingereicht hatten. Aber die hatten keine rechte Lust mehr, ihre Sache zu vertreten. Sie mußten ziemlich derben Spott über sich ergehen lassen und waren froh, daß die Sache geregelt wurde, ehe noch ihre Beschwerden verlesen wurden. Denn die kamen ihnen jetzt haarsträubend überflüssig und einfältig vor. Sie vertrugen sich schneller als sie in Berger gekommen waren.

Zu guterletzt wurde auch die Sache Merkel vorgebracht, die Beschimpfungen, die er ausgestoßen, sein Verhalten und sein ganzes Benehmen früher kam zur Sprache, ferner daß er die Arbeit aufgegeben hatte und anscheinend hier auf Anstellung wartete. Man entschied sehr schnell. Es gab einen Paragraphen in den Statuten, wonach einer, der Unfrieden und Aergernis gab, sofort ausgeschlossen werden konnte. Der Kaufmann wollte die Sache zwar erst vor den Bewohnerausschuß zur Prüfung und zu weiteren Erhebungen überweisen, man müsse doch den Merkel erst hören, ihn überhaupt vorladen. Aber es genügte ja schon, sagten die meisten, er ist ja wieder nicht erschienen. Und so beschlossen, daß Merkel am nächsten Termin das Haus räumen müsse. Klinger hatte sich dabei zum Wort melden wollen, seine Frau hielt ihn aber am Stuhl fest und zischelte:

Ein Sommertag — die Kinder spielen auf der Wiese.

Die Häuser flimmern in lichten Farben. Darüber blaut Dunst. Hoch oben sind weiße Tupfen geblieben. Wie von der Hand, die in der Eile das alles aufgebaut. Auf der Straße nach der Station rollt eine Staubwolke hinter einem Wägelchen her. Grillen.

Auf der Wiese jagten die Kinder. Es gibt Wiesen, die sind so grün wie die Spielsachen und Bäume, die in den Warenhäusern der großen Städte für die Kinder der Reichen gekauft werden, damit diese sie in die Salons herumstellen. Es gibt auch Wiesen, die haben nur noch hier und da einen grünen Fleck, Grasbüschel, denn die müssen sein, sonst wäre es keine Wiese, sonst ist aber alles sehr schmutzig und gelb. Wo die grünen Flecke waren, da spielen die Kinder und auf dem anderen Teil weiden die Ziegen. Sie sind angepflockt. Und wenn die Kinder mal plötzlich lärmen, aufschreien, da zerren die Ziegen an ihren Stricken. Sie verfangen sich und stolpern und steigen dann hoch, als wären sie wieder auf den Bergen. Aber die kleinen Ziegen gehen aufeinander los, stoßen die Köpfe aneinander und die hohen Stirnbögen, denn es ist Zeit, daß die Hörner bald kommen. Dann schielen sie nach den grünen Grasbüscheln, die noch weit sind und die Schnur so kurz.

Doch die Kinder stehen dort, alle auf einem Haufen. Ein dicker Knäuel und wenn die Kinder einmal zusammenstehen und beraten, ist es immer still. Da spricht nur einer und schlägt was vor und erzählt was und alle lauschen. Da sind die ganz Kleinen dabei, die noch kaum richtig gerade über die Wiese laufen können und ordentlich schaukeln wie so ein Kielboot. Schuhe brauchen sie alle nicht und wenn sie spielen, laufen sie bald zusammen, bald wieder auseinander — und dann bilden sich Gruppen, die ganz für sich alleine weiter machen. Man kennt sich nicht aus. Aber es ist so, sie freuen sich überhaupt nur, daß sie beieinander sind. So wird es auch mit den Alten noch werden.

Reigen, wo die geputzten Kinder der Reichen, die wie die Pudel aussehen, sich geziert im Kreise drehen, kennt man nicht. Und ein solches Kind würde verlegen abseits stehen, denn Mama hat strenge verboten mit den Arbeiterkindern zu spielen. Die sind roh und ungezogen und schmutzig, sagt sie. Da steht das Kind abseits, es möchte mitspielen, es weiß nur nicht wie anfangen. Man holt sie nicht. Sie kennt auch nicht, was die da spielen, und es fängt an zu weinen, bis Moma die Zuckertüte zieht.

Auf der Wiese die haben aber gerade ein großer Jahlen angefangen. Ein kleines Mädchen zieht einen viel größeren Jungen im Kreise herum. Und alle lachen und am meisten freut sich der Bengel, der wie eine Ziege hüpft. Aber welche wollen ihn puffen. Die kommen mit andern ins Gedränge, die schreien und dann alle hinter ihm her. Die Jagd tollt um den Platz, zwischen den Ziegen durch, die Kleinsten stolpern und werden umgerannt. Mit Hallob und Heidi, mit Heulen zwischendurch — die sich weh getan haben — dann haben sie ihn wieder und eine ander führt ihn im Kreise herum.

Der Junge war viel älter als die meisten der Kinder. Er hätte schon müssen ein paar Jahre in die Schule gehen. Aber er lernt so schwer. Und er ist immer gerade bei den Kleinsten. Mit denen freundet er sich an und läuft mit herum. Und allmählich entwachsen sie ihm. Er hat schon mit den Großen damals gespielt, die jetzt abseits für sich stehen und etwas ins Werk setzen werden, wo man die ganz Kleinen nicht gebrauchen kann. Sind doch auch schon welche darunter, die Vaters Zigaretten rauchen. Denen ist er zu dumm. Er versteht gar nicht, was die wollen und sie lassen ihn fallen, schütteln ihn ab, wenn er mal mit drunter ist. So bleibt er bei den Kleinen und spielt Ziege und freut sich dabei. Er versteht noch nicht, daß er ausgeschaltet werden soll. Noch ist Sommertag auf der Wiese.

Dann geht die Sonne im großen Bogen und wird breit und blechern und sinkt tiefer und tiefer. Sie rutscht von oben runter und wird über und über rot. Die Mutter hat schon ein paar Mal gerufen. Die Ziegen zerren und laufen unruhiger hin und her. Dann kommt die Mutter aber selbst und ihre lauten Rufe schneiden über die Wiese. Sie scheuchen die Schar auseinander. Aber sie faßt schnell zu, die Frau, und sie hat die ihrigen jetzt fest an der Hand. Marsch ins Haus, Vater schimpft schon. Aber die Kinder wissen, daß es nicht wahr ist und wollen sich noch wehren. Da gibts manchmal noch was ab.

Allmählich wirds still, draußen auf der Wiese. Die Dämmerung zieht. Der Wald rückt näher. Und der erste Stern guckt vor und glitzert vorwitzig. Dann schiebt sich der Vorhang zu. Die Nebel steigen.

Wie eine und dieselbe Sache verschieden beurteilt werden kann.

An einem der nächsten Sonntage stapften fünf Arbeitsfriedel durch die Heide nach dem Gutshofe zu. Der Sand, in den sie mit jedem Schritt bis an die Knöchel versanken, war schon in den Vormittagsstunden glühend heiß. Eine flammende Wolke von Staub und Sonne lag über die weiten Aecker jenseits der Chaussee. Das Korn stand spärlich, es schien kaum hochzukommen und wies große weiße Flocken auf. Wie ein Teppich, den die Motten zerfressen haben. Der Kaufmann streckte die Hand aus, die er ein paarmal in der Schwebe rumdrehte und rief: Er wird wieder heiß. Die andern sagten ja. Sie keuchten sich vorwärts. Es wird verdammt heiß. Von dem alten Weißbach hatten sie noch nicht viel Gutes gehört. In welchem Zustande bloß die Aecker waren. Genau genommen hörte man überhaupt nichts von ihm, er ließ sich nirgends sehen und seine Leute schienen nicht viel anders. Die Arbeiter waren mehr neugierig einmal zu sehen, was da auf dem Hof los

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Gegen die Justizschande

Die VKPD. hatte für Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach der Neuen Börse einberufen um zu wiederholtem Male Stellung zu nehmen zu dem rechtswidrigen Verhalten der Breslauer Richter, zu der Verschleppungstaktik des Reichsgerichts, zu den Schikanen, denen unsere Genossen im Untersuchungsgefängnis ausgesetzt sind.

Genossin Rosi Wolffstein-Berlin verstand es vortrefflich die Ursachen der Klassenjustiz und die gemeinen brutalen „Entgleisungen", die sich die Hure Justiz leistet zu geißeln und klarzulegen.

So lange wie wir einen Klassenstaat haben, werden wir eine Klassenjustiz haben. Nicht die Veränderung des Staatsgebäudes allein wird die Justiz ändern. Erst durch die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden und an Produktionsmitteln, also die wirtschaftliche Umstellung vom Kapitalismus zum Sozialismus, wird eine radikale Aenderung, eine Beseitigung der Klassenjustiz bringen.

Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Anschauung liefert uns die republikanisch-demokratische Republik Deutschland. Durch die Novemberrevolte ist das deutsche Volk angeblich das freieste der Welt geworden. Und doch wütet in keinem Staate schlimmer als in Deutschland die weiße Justiz. Was bei den Arbeiteraufständen, die „trotz aller Freiheiten" das deutsche Proletariat zu führen gezwungen ist, nicht von den Maschinengewehren niedergemacht wird, fällt der trockenen Guillotine der unabhängigen Richter zum Opfer. Die Justiz hat sich das Priorrecht einer eigenen Methode der Konterrevolution erworben. Sie erschießt mißliebige Gefangene, deren Verteidigung sie zu fürchten hat, auf der Flucht. Die weiße Justiz beglückt das Proletariat mit Tausenden von Jahren Zuchthaus mit legalen und illegalen Totschlägen, während sie den Rebellen von rechts gegenüber eine Milde walten läßt, die manifestiert, daß der unabhängige Richterstand in der Tat vollkommen unabhängig arbeitet von allen Errungenschaften der demokratischen Republik.

Die Deutschnationalen sind stolz auf diesen Richterstand. Sie erklären, daß die Richter den Sprung aus ihrer monarchistischen Ueberzeugung in das Fahrwasser der Demokratie nicht so schnell machen können. In der Tat sind die deutschen Richter die besten Platzhalter und treuen Wegbereiter der Monarchie und der schwankenden Herrschaft von Kapital und Junkertum.

Während die revolutionären Arbeiter mit drakonischen Strafen belegt werden, sind die politischen Morde, die die weißen Garden, die Studenten und die Kappisten verübt haben so gut wie ungesühnt. In die zwei letzten Jahre nach der Novemberrevolte fallen auf jeden zweiten Tag ein politischer Mord; rechnet man die standrechtlichen Erschießungen, die angeblich nicht vorgekommen sind, bei der letzten Märzaktion hinzu, dann kommt auf jeden Tag mindestens ein politischer Mord an Proletariern, die alle keine Sühne gefunden haben.

Die Brutalität der weißen Justiz gegen revolutionäre Arbeiter und die Milde gegen Verfechter der kapitalistischen Staatsform wird noch immer unterstützt von der angeblichen Arbeiterpartei, den Sozialdemokraten und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften.

Diese Verräter haben während des Kapp-Putsches durch die Annahme des Bielefelder Abkommens den Konterrevolutionären die Möglichkeit gegeben, mit den brutalsten Mitteln gegen die Arbeiter vorzugehen. Diese kapitalistischen Zuhälter haben durch ihren Verrat während der Märzaktion, durch die Ablehnung der Amnestie der „Unabhängigkeit" der deutschen Richter Tür und Tor geöffnet. Ueber 2500 Jahre Zuchthaus und Gefängnis, mehrere Male lebenslängliches Zuchthaus, Todesurteile, sind die Folgen dieser verräterischen Politik der Sozialdemokraten und zum Teil die der Unabhängigen.

In Schlesien, das von der Märzaktion überhaupt nicht berührt ist, hat man viele Kommunisten verhaftet, sie unter den blödesten Vorwänden festgehalten. Noch heute sitzen die Genossen Riedel, Krause, Müller und Kummerow ohne jeden Haftbefehl. Den Genossen Klein hält man fest, weil er sich weigert seinen rechten Namen anzugeben. Genosse Klein wird noch immer verfolgt wegen einer Handlung die schon lange unter die Amnestie gefallen ist. In schreiendem Widerspruch dazu steht die Unfähigkeit, oder der Wille, die Kappverbrecher a la Jagow vor ein Gericht zu bringen. Erst in neuerer Zeit hat man in Schlesien unsere Bezirkssekretäre verhaftet. Die Orgesch mit Unterstützung der Polizei und der Richter will das Aufmarschgebiet gegen die Republik sauberhalten von „kommunistischen Umtrieben"; deshalb verhaften sie frech, grundlos und fragen den Teufel nach Recht und Gerechtigkeit.

Das Proletariat auch in Schlesien muß endlich erkennen, daß dieses korrupte, verfaulte System, mit seinem [illegible] Richterkorps beseitigt werden muß. An die Stelle von Klassenrichtern, von Vertretern der herrschenden Klasse, müssen Richter aus dem Volke treten. [illegible] die Staatsanwälte, Richter und Gefängnisfronvögte, die unsere Genossen bis aufs Blut peinigen, werden die Anklagebänke der revolutionären Tribunale zieren". Die Proletarier werden Sorge tragen, daß die Halunken am eigenen Leibe spüren, daß das Proletariat, wenn es auch das schlechte leicht vergißt, doch nicht alles vergißt.

Dieses System, mit der weißen Justizschande zu beseitigen, ist Aufgabe aller Proletarier, die sich zusammenfinden müssen im einigen revolutionären Handeln.

Die sehr gut besuchte, von revolutionärem Geist getragene Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

Resolution.

„Die heute in der „Neuen Börse" von der Kommunistischen Partei" einberufene Versammlung protestiert gegen die Justizschande in Deutschland im allgemeinen. Sie erklärt aber, daß die Vorfälle nach der Märzaktion, die die Verhaftung zahlreicher Kommunisten zur Folge hatte, selbst den geringsten Anspruch auf Recht verloren haben. Der größte Teil unserer Genossen ist entlassen, weil keinerlei strafbare Handlungen vorlagen. Die Breslauer Richter halten aber weiter eine Anzahl von Kommunisten, so die Genossen Riedel, Müller, Krause, Kummerow, wider alles Recht fest, ohne auch nur einen rechtmäßigen Haftbefehl gegen sie zu haben. Monatelang sitzen unsere Genossen ohne Haftbefehl, ohne verhört zu werden, ohne den Grund ihrer Verhaftung kennen zu lernen, in der berüchtigten „Graupe". Die Untersuchungs- und Ermittlungsrichter haben aus eigener Machtvollkommenheit die Verordnung des Reichsjustizministers illusorisch gemacht, indem sie anordneten, daß Pakete in Höhe von 10 Pfund nur alle vier Wochen abgegeben werden.

Den Inhaftierten wird die Möglichkeit genommen, Besuche zu empfangen. Sie werden mit allen Schikanen durch die Richter und Gefängnisdirektion bedacht. Die Versammlung protestiert gegen diese feige Vergewaltigung revolutionärer Arbeiter.

Sie protestiert insbesondere gegen die vollkommen widerrechtliche Inhaftbehaltung des Genossen Klein. Da derselbe sich weigert, seinen richtigen Namen anzugeben, weil er dadurch Schaden erleidet, behält ihn die Breslauer weiße Justiz weiter in Haft. Die Versammlung gelobt mit aller Kraft, gegen diese Brutalitäten zu kämpfen und die wahren Tatsachen unter die Arbeitermassen zu tragen."

Verrat! Knechtung! Befreiung!

„Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtschaft bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels u. die Presse wird das beste Mittel z. Befreiung sein."

Wilhelm Liebknecht rief das vor vielen Jahren den Arbeitern zu. **Denkt daran! Zerbrecht die Ketten.** Befreit Euch von den geistigen Fesseln.

Die kommunistische Presse

ist Eure Weckerin und Führerin. Sie ist die Vorkämpferin im Kampfe gegen alle Eure Feinde.

Werbt täglich neue Leser für sie.

Eine neue Schandtat der „Popo"

Die Versammlung, in der unsere Genossin R. Wolffstein sprach war von den ganzen Beamten der politischen Polizei besucht.

Als unsere Genossin nachts 12 Uhr wegfahren wollte, mußte sie feststellen, daß der ganze Bahnhof von der Popo besetzt war. Die Sperre, der Bahnsteig war besetzt. Als der Zug abfahren sollte wurde er von mehreren Beamten nach der Genossin Wolffstein abgesucht. Auch der Vertreter des Oberspitzels Kommissars Weißmann, der Breslauer Oberschieber Weigel, hatte seine noble Gesellschaft im Liebich-Kabarett im Stich gelassen, um sich an der Jagd nach unserer Genossin zu beteiligen.

Unsere Genossin war aber schlauer als die Herren Luß und Weigel und alle seine Beamten, die in der Versammlung als harmlose Spießbürger umherliefen. Unsere Genossin wird die 24 immunitätslosen Stunden verstreichen lassen und sich dann bei den Herren von der Popo mit Dank von Breslau verabschieden.

Wie ein Streik nicht geführt werden soll.

In Breslau streiken die Kutscher der Selters- und Limonadefabriken. Die Unternehmer suchen sich zu helfen, indem sie Streikbrechergarden bilden aus Selbstschutzleuten und anderen zweifelhaften Elementen. Die Breslauer Gewerkschaftsbürokraten haben wiederholt ihre Unfähigkeit, einen Streik mit Erfolg zu führen gezeigt. Anstatt daß sie diesen Kampf ausdehnen würden, indem sie das ganze Personal der Limonadefabriken zum Streik auffordern würde, das bei der kolossalen Hitze sich bald bemerkbar machen würde, verschleppt sie den Kampf und vertröstet auf Verhandlungen mit dem Lohnamt. Dieses Lohnamt, das schon in normalen Zeiten nichts für Arbeiter herausbringt, wird in den Hundstagen die Arbeiter vertrösten — auf eine bessere Zeit.

Delegiertenwahl der Metallarbeiter.

Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstage in Jena wurden in Breslau 2840 Stimmen abgegeben. Dabei entfielen auf die Liste A (Sozialdemokraten) 2297, auf die Liste B (Kommunisten) 493 Stimmen. Ungültig waren 50 Stimmen.

Die Wirsich und Konsorten können in der Tat nicht stolz sein auf dieses Ergebnis. Durch ihre Taktik des systematischen Ausschaltens der Mitgliedschaft haben sie es soweit gebracht, daß bei dieser wichtigen Wahl von 14 000 Mitgliedern über 11 000 überhaupt der Wahl ferngeblieben sind. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen, die über die Zerstörung der Gewerkschaften durch die Kommunisten jammern, haben ihre ganze Tätigkeit der Bekämpfung der Kommunisten gewindet. Dabei haben sie versäumt die Masse der Indifferenten mit gewerkschaftlichem Geist zu erfüllen. Bei den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen wird sich dieser Fehler bitter bemerkbar machen.

Aus der Provinz

Achtung! Bezirksausschußmitglieder!

Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, findet in Breslau, Parteilokal, Nikolaistraße 49-50, eine Bezirks-Ausschuß-Sitzung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Situationsbericht des Bezirks, 2. Kassenbericht und Bericht über Rote Hilfe, 3. Bericht von der Zentralausschuß-Sitzung, 4. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten, 5. Ergänzungswahl zur Bezirksleitung, 6. Verschiedenes. Fahrtkosten werden zurückerstattet; für Unterbringung und Verpflegung sorgt Ortsgruppe Breslau. Die Bezirksleitung.

Die großen Siege der Sozialdemokraten.

Aus Landeshut berichtet die „Bergwacht" nachstehende weltgeschichtliche Begebenheit, die bei dieser Hitze von besonderer Bedeutung ist und wert erscheint, in einem „sozialdemokratischen Arbeiterblatt" als bedeutend hingestellt zu werden.

Der Bericht lautet:

Landeshut. Ein altes Denkmal. Auf einem Feldweg zwischen Burgberg und Stadtwald befindet sich ein alter Gedenkstein, auf dessen Vorderseite eingemeißelt sind die Worte: Auf dieser Feldmark starben die preußischen Majore von Wachholz und von Woberssnow und viele Krieger den Heldentod. Auf der Rückseite: Den 23. Juni 1760. Diese Inschriften sind im Laufe der Zeit fast unleserlich geworden. Konnte die Stadtverwaltung die Schrift nicht auffrischen lassen, um diesen historischen Zeugen aus dem Siebenjährigen Kriege der Nachwelt zu erhalten?

Wir geben diese weltbewegende Tatsache wieder, die so recht die SPD.-Leute kennzeichnen. Nieder der Krieg! — aber schön ist es doch! —

Sammelt für die Rote Hilfe

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soz. Verl., e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S 14.

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. Ring 2525
Heute und täglich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Schwarzwaldmädel.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Einziges Sommervariete
in Breslau.

Liebich - Theater
7½
„Der verjüngte Adolar"
Musik von Kollo
Betty Feiner
Henry Bender

Jedem, der das Unglück hatte,
geschlechtskrank
zu werden, ist vor allem zu einer schnellen und diskreten Heilung sehr gelegen. Verlangen Sie sofort ohne jede Verpflichtung gegen Einsendung von Mk. 2,— für Porto und Spesen aufklärende Broschüre über Heilung von Harnröhrenleiden beiderlei Geschlechter [illegible]

Achtung! Frauen!

Mutter und Kind im kapitalistischen Deutschland
mit einem Anhang:
Die proletarische Mutter und das Kind in Sowjet-Rußland.
Von Else Baum.
Preis 3,— Mark.
Zu beziehen durch
Kommunistische Bücherei, Breslau 5
Gräbschener Straße 45.

Genossen! Werbt Leser für die Schlesische Arb.-Ztg.

Nie wieder Krieg?

Die Frau, die weiß und fühlt, unter was für Schmerzen und Qualen Leben geboren wird, wird mehr als jeder andere leichtsinnige oder brutale Tötung eines Lebewesens verdammen. Um so unverständlicher die Kriegsbegeisterung so vieler Frauen, die stolz darauf waren, durch ihre angestrengte Arbeit in der Heimat das „Durchhalten", d. h. das Weitermorden von Millionen Menschen zu ermöglichen. Ihre Mütterlichkeit war zurückgedrängt worden infolge der großzügigen Reklame, die der Staat, unterstützt durch die Kirche, deren unheilvollem Einfluß noch heute zahllose Frauen unterliegen, zu entfalten verstanden hatte. Der Staat, der sie und ihre Familie bei schwerster Arbeit ihr Leben lang hatte hungern lassen, der erschien ihnen als das „heilige Vaterland", auf dessen Altar sie alle opfern müßten. Gedankenlosigkeit, Denkfaulheit brachten es ihnen nicht zum Bewußtsein, daß die „verhaßten Feinde", über deren Millionentod sie jubelten, auch von Frauen unter Schmerzen in Freuden geboren worden waren, so wie sie ihre Kinder geboren hatten, ließ sie nicht darüber nachdenken, daß die Mütter, die Frauen „der Feinde" Proletarierinnen waren wie sie, die in dem Gefallenen den Ernährer der ganzen Familie verloren. Die Frauen aber, die diese Tatsache erkannt hatten, wurden die besten Verfechter der neuen Parole: „Krieg dem Kriege!" Und doch sind heute viele von ihnen nicht mehr in unseren Reihen, wenden sich andere, die erst später zur Erkenntnis über den wahren Charakter des Krieges kamen, von uns ab: „Ihr wollt Gewalt, ihr wollt den Terror!"

Gerade das Bewußtsein von der Heiligkeit des Menschenlebens, das jede Frau im tiefsten Innern birgt, und das ich den ihr angeborenen Pazifismus nennen möchte, läßt sie zurückschrecken vor einer gewaltsamen Lösung der großen Krise unserer Zeit. Sie haben nicht den Mut zum folgerichtigen Denken, wollen den einzig möglichen Weg zur Menschheitsbefreiung nicht sehen, weil er ihnen nicht gefällt, weil er voll Dornengestrüpp und rot vom Blut gefallener Kämpfer ist.

Was aber sagt ihr, ihr Pazifistinnen, zu unserer Zeit, zu dem unerhörten Leiden des Proletariats? Kennt ihr nicht die zahllosen Gräber, in denen Proletarier liegen, solche, deren Namen Tausende aufjubeln ließ, weil sie in ihnen Träger, Retter, Führer zum Licht sahen, und andere, die ungekannt und namenlos starr und steif in der kühlen Erde ruhen, alle hingemordet von dem Terror der Bourgeoisie, die sich verzweifelt und mit allen Mitteln gegen den Ansturm der Arbeiterklasse zur Wehr setzt, um ihre Herrschaft zu erhalten? Hört ihr nicht das Stöhnen und Seufzen der bei lebendigem Leibe Begrabenen, die hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachten, verurteilt von Angehörigen derselben Bourgeoisieklasse, weil sie ihrer Herrschaft gefährlich wurden oder auch nur, weil sie Proletarier sind, Ausgebeutete, die danach streben, sich von der Sklavenkette loszureißen, mit der sie an den Profitwagen des Unternehmers gekettet sind, wie in alten Zeiten gefangene Krieger an den Streitwagen der Sieger? Was sagt ihr zu den Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern, deren Erwerb zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist? Ist dieses langsame Hinsterben nicht Mord, tausendfacher Mord, auch wenn kein Blut fließt?

Nein, ihr könnt den Verzweiflungsschrei aus Millionen Kehlen auf der ganzen Erde nicht überhören, er übertönt das Jauchzen der Kriegsgewinnler, Schieber und Wucherer hier und überall, der grausige Schrei des unendlich, unsagbar leidenden Proletariats, der Geknechteten aller Völker. Ihr seht die Leiden, ihr hört die Verzweiflung: Sprecht, was tut ihr, um den Qualen ein Ende zu machen? Glaubt ihr, mit milder Worten den Sklavenhalter besänftigen zu können? Meint ihr im Ernst, freiwillig würden die grausamen Unterdrücker auf ihre Vorrechte verzichten, freiwillig von der Herrschaft zurücktreten? Erkennt endlich, das nur der Kampf dem Recht zum Sieg verhelfen kann, der Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker auf der ganzen Erde!

„Nie wieder Krieg!" ruft ihr. Nein, euer Ruf sei anders: „Nie wieder Krieg um kapitalistischer Interessen willen, nie wieder das gegenseitige Hinschlachten von Proletariermassen, die dem Geldbeutel der Bourgeoisie — genannt „Alter des Vaterlandes" ihr Leben zum Opfer bringen! Und meint ihr, euer Wort sei mächtig genug, der Logik der geschichtlichen Entwicklung in den Arm zu fallen? Solange es kapitalistische Staaten gibt, solange gibt es auch Kriege als die Auslösung der wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe, hießen die Gegner noch gestern Deutschland — England, heißen sie morgen schon England — Amerika und übermorgen Amerika — Japan. Schafft die kapitalistische Wirtschaftsform ab, die Voraussetzung ist und bleibt für Kriege, und ihr habt die Grundlage für den dauernden Frieden geschaffen? Und die kapitalistische Wirtschaftsform kann nur durch die gewaltige Faust der Arbeiterklasse gestürzt werden, die allein ihre Träger und Interessenten, die Bourgeoisie, zu Boden schlagen kann. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen Krieg und Krieg, zwischen Gewalt und Gewalt. Hier gilt es, von den bürgerlichen Pazifisten abzurücken, die zwar bestenfalls einräumen, daß „das Befreiungswerk nur in dem Maße blutig sein wird, als die alten Zwingherren ihm Widerstand leisten", die aber die Gewalt verwerfen, weil sie eben auf eine „geistige Befreiung der Menschheit" zu warten für „edler" halten und sich moralisch entrüsten über die Realitäten des revolutionären Klassenkampfes, über die Revolution der Tat, zu der die Arbeiterklasse sich entschließen muß.

Ja, es gilt hier zu entscheiden, sich zu entscheiden: Gewalt! Rosa Luxemburgs Wort möge uns die Richtung zeigen: „Gewalt ist weder Wohltat noch Uebel, sie ist Gewalt; Wohl oder Uebel ist nur ihre Anwendung." Es gilt für uns den letzten, den heiligen Krieg, den Krieg des internationalen Proletariats gegen das internationale Ausbeutertum. **Ihr Frauen alle, keine von uns hat das Recht, Pazifistisch zu sein, bevor dieser letzte Kampf geschlagen. Hinweg mit all dieser verlogenen Sentimentalität, die die Gewalt nicht ausrottet, weil sie Gegner der Gewalt zu sein vorgibt. Erkennt die Feigheit, die hinter schönen Worten sich verbirgt!** Für uns aber gilt die Parole: Nieder mit dem imperialistischen Raubkrieg! Wer den Frieden will, bereite sich zum revolutionären Klassenkampf, der geht an die Diktatur des Proletariats.

Heimarbeiterinnenelend.

Proletarische Frauen und Mädchen, viele von euch kennen das Elend der Heimarbeiterinnen und doch wollt ihr diese Art Arbeit erhalten und klammert euch daran, als wäre sie euer Glück.

Nun will ich euch das Leben einer Blumenarbeiterin schildern. Vor 13 Jahren starb ihr Mann. Sie und die drei kleinen Kinder waren sehr elend, aber wenn man leben muß, muß man schaffen. Arbeit in einer Fabrik anzunehmen, dazu reichte die Kraft nicht aus, und wem dann die drei elenden Kleinen anvertrauen? So holte sie sich Arbeit ins Haus, künstliche Blumen. Sobald es einigermaßen ging, mußten die Kinderhände mit zugreifen. Denn selbstverständlich reichte ihre Kraft nicht aus, die drei hungrigen Kindermäulchen zu stopfen. Sie selbst wurde infolge der ungesunden Atmosphäre in ihrer Proletarierwohnung und vor Ueberarbeitung elender, die Kinder blieben in der Entwicklung zurück und die Hoffnung auf bessere Zeiten, wenn die Kinder groß und erwerbsfähig sein würden, mußte schwinden. Das Mädchen war früh herzleidend; als sie aus der Schule kam, blieb auch sie zuhause und half bei der Blumenarbeit. Aber sehr häufig war die Tochter Krankenpflegerin der Mutter oder umgekehrt. Der älteste Sohn war zwar nun in der Lage, etwas zu verdienen. Da kam der Krieg und riß auch diesen aus der Familie: er kam ins Feld, wurde verwundet und starb. Nun war es mit ihr vorbei. Zu dem Herzleiden kam ein schweres Nierenleiden. Die Tochter mußte nun die Arbeit verrichten und dazu die kranke Mutter pflegen. 18 Jahre haben sie so das Dasein gefristet, bis jetzt der Tod die Frau erlöste. Nun steht der kaum 19jährige Sohn mit seiner Schwester allein. Sie arbeitet weiter Blumen, und ihr Leben wird verkümmern, wie das ihrer Mutter.

Hunderttausende von Arbeiterfrauen und Mädchen tragen das gleiche Los. Millionen von Frauen und Kindern sind schweigend unter der Last zusammengebrochen, seit der Kapitalismus Menschen ausbeutet.

Wann einmal werden die Geplagtesten von allen, die Heimarbeiterinnen, den Ausweg aus ihrer Not erkennen?

Wann endlich werden sie sich ihren Millionen Schwestern und Brüdern in den Betrieben anschließen zum gemeinsamen Kampf gegen den langsamen Hungertod, zum Kampf für ein menschenwürdiges Dasein?

E. P.

Schutz der jungen Menschenpflanze!

Die empfindliche Kinderseele ist leicht dahin zu wenden, von wo ihr Licht und Freude kommt. Wie die Pflanze Licht und Sonne braucht, um ihre Blüten zur Entfaltung zu bringen, genau so auch die junge Menschenpflanze, das Kind. Wie weit sind wir noch vom kommunistischen Ideal, „Das Kind sei der Augapfel des Staates", entfernt. Im Räterußland wird dieser Grundsatz jetzt beharrlich durchzuführen gesucht. Die Kinderarbeit ist in Rußland durch Gesetz verboten bis zum 16. Lebensjahr, bis zum 18. Lebensjahr sechsstündige Arbeitszeit eingeführt. Erst die 18jährigen dürfen voll beschäftigt werden. Was aber geschieht bei uns? O. wir haben auch ein Kinderschutzgesetz, es ist aber auch danach, kein Mensch beachtet es; denn vom Schutz der Kinder ist bei uns in der „freiesten Republik der Welt" keine Rede.

Im Gegenteil. Die Ausbeutung der schwachen kindlichen Kraft steht noch jetzt in höchster Blüte. Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit dürfen die Kapitalisten immer noch ihren Profit durch die billige Kinderarbeit vermehren.

In der Landwirtschaft sieht man vornehmlich auf den Gütern die Kinder in großen Scharen beim Rüben verziehen, bei der Kartoffelernte schuften. Im glühenden Sonnenbrand, bei häßlichem nassen Wetter, müssen sie genau so wie die Erwachsenen, von früh 6 bis abends 6 Uhr arbeiten für wenige Mark. Wie sehr die Kinderarbeit für den Unternehmer lohnt, sieht man an folgendem Beispiel: Während die Frauen 11 bis 12 Mark Tagelohn bekommen, gibt man den Kindern bei derselben Leistung 6,60 M., bei halber Arbeit 3,30 Mark pro Tag. Von dem ohnehin unzulänglichen Lohn der Erwachsenen steckt der Gutsherr bei den Kindern die Hälfte in seine Tasche. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Heimindustrie. Geradezu trostlos sind dort die Heimstätten, in denen die Kinder heranwachsen und arbeiten, an die Luft kommen sie nur selten; denn der Unternehmer zahlt den Heimarbeitern um so weniger an Arbeitslohn, je mehr Kinder mit arbeiten. Von einer Erziehung solcher Kinder ist gar keine Rede, werden die Kinder zur Arbeit auf dem Lande gebraucht, werden sie eben vom Schulbesuch dispensiert, sie gehen dann wochenlang nicht zur Schule, abgesehen davon, daß sie auch in ihren Schulferien zur Arbeit gezwungen werden.

Bankerott.

I.

Es war einmal ein reicher Gutsbesitzer, der hatte zwei Söhne. Willi, ein leichtsinniger Lebemann, Spieler und Verschwender, war das ganze Ebenbild seines Vaters und dessen Lieblingskind. Er wurde stets bevorzugt, bekam alles nach Wunsch und durfte tun und lassen was ihm beliebte.

Fritz, ein guter, fleißiger, tüchtiger Mensch, war das Gegenstück dieser beiden. Er wurde schon von seiner frühesten Jugend an von Vater und Bruder in die Ecke gedrückt und mußte tüchtig arbeiten. Nur seinem unermüdlichen Fleiß war es zuzuschreiben, daß es mit dem Gut nicht abwärts ging, denn die andern beiden kümmerten sich nicht darum, sondern lebten in Saus und Braus, schikanierten ihre Diener und spielten mit Geld und Menschenleben gleich leichtsinnig. Eines Tages hatte es der Gutsbesitzer ganz besonders toll getrieben, hatte alles auf eine Karte gesetzt und sein ganzes Vermögen verspielt. Als er sah, was geschehen war, raffte er schnell alles Erreichbare zusammen und floh ins Ausland, seine beiden Söhne ihrem Schicksal überlassend. Willi, seines Vaters durchaus würdig, hatte noch rasch soviel Geld flüssig gemacht als nur möglich, und es diesem nachgeschickt, hatte auch sich selber dabei nicht vergessen.

Heute ist Auktion. Das Gut muß verkauft werden. Traurig steht Fritz vor dem Trümmerhaufen dessen, was sein Fleiß hat aufbauen helfen. Die Brüder müssen nun daran gehen, sich ganz gewaltig einzuschränken, denn wenig ist ihnen geblieben.

Der neue Besitzer, der die Tüchtigkeit des Fritz kennt, läßt ihn als Pächter auf dem Gut. Fritz, dieser gutmütige Kerl, bietet dem Bruder, der doch auch sein gerüttelt Maß Schuld an dem Zusammenbruch hat, an, sein Pächterhäuschen mit ihm zu teilen, womit dieser auch einverstanden ist. Sie gehen nun daran, das Häuschen zu besichtigen, um sich entsprechend darin einzurichten. Es besteht aus einer Dreizimmerwohnung und einigen Keller- und Bodenräumen.

II.

Willi: „3 Zimmer ist etwas wenig, lieber Fritz, aber in der Not mags gehen. Diese beiden zusammenhängenden Zimmer werde ich mir als Schlaf- und Ankleidezimmer einrichten und das andere große soll mein Rauchsalon werden."

Fritz: „Wie meinst du, Willi? Ich verstand dich wohl nicht recht?"

Willi: „Ja, gewiß, es ist ein wenig eng, ich sagte es schon. Ein Arbeitszimmer müßte ich wenigstens noch haben."

Fritz: „Du verstehst mich falsch, Willi. Ich meine, wo ich bleiben soll, wenn du alle 3 Zimmer für dich haben willst?"

Willi: „Duuuu — — —? Aber lieber Fritz, der ganze Keller und Boden stehen doch zu deiner Verfügung. Das ist doch bei deinen bescheidenen Ansprüchen mehr als genug. Sieh, bei mir ist das doch etwas anderes, ich war es doch immer anders gewöhnt als du."

Fritz (ergeben): „Dann wollen wir es also vorläufig dabei lassen, bis wieder bessere Zeiten für uns kommen, Arbeit wird uns schon wieder hochbringen!"

Willi (eifrig): „Ja, ja Fritzchen, nur Arbeit kann uns retten. Arbeite nur recht tüchtig."

Fritz: „Ich!? Ja, willst du denn nicht auch arbeiten?"

Willi: „Iiiich? Aber Fritz! Habe ich schon jemals gearbeitet? Das kannst du wirklich nicht von mir verlangen."

Fritz: „Ja, Willi, überlegst du denn gar nicht, daß wir bankerott sind und allerlei Verpflichtungen übernommen haben, denen wir nachkommen müssen?"

Willi: „Natürlich, Fritzchen, du mußt dich eben ein wenig anstrengen. Arbeite nur tüchtig, dann kannst du auch zahlen."

Einige Zeit später. Willi hat die Wohnung bezogen und Fritz hat sich im Keller einquartiert.

Dr. Brand (Ein Freund des Fritz): „So höre doch endlich auf mich, dein Bruder ist wahnsinnig, genau wie dein Vater. Hättest du früher gehört, wärest du Herr, wo du jetzt Knecht bist. Du wirst so lange warten, bis noch ein größeres Unglück geschieht."

Fritz: „Hör auf, Doktor, mein Bruder ist bloß grenzenlos verwöhnt und anders geartet als ich, darum kann er sich nicht so schnell in die engen Verhältnisse schicken. Er wird es schon noch lernen."

Dr. B.: „Tor du! Siehst du denn nicht, wie er alle Tage schlimmer darauf loswirtschaftet? Ich sage dir, es nimmt noch eine schlimmes Ende. Bringe ihn in ein Sanatorium, bevor es zu spät ist."

Fritz: „Sei still Doktor, du siehst zu schwarz. Bis jetzt habe ich noch alle seine Rechnungen bezahlen können, wenn's mir auch manchmal schwer wurde. Er wird sich schon einschränken lernen."

Dr. B.: „Soo? Armer Freund! Deine Gutmütigkeit spielt dir noch einen schlimmen Streich."

Willi (Der eben nachhause kommt. Dr. B. entfernt sich): „Fritzchen, wenn nachher der Sekt kommt, dann bezahle ihn gleich, ebenso das Diner aus der Stadtküche, ich habe heute Besuch."

Fritz: „Höre Willi, das geht aber nicht mehr so weiter. Alle Tage Gesellschaft, alle Tage Sektgelage. — Du mußt dich nun endlich den veränderten Verhältnissen

Willi: „Aber Fritzchen! Hab dich nicht so. Du? Am Ende deiner Kraft? hahaha! Schränke dich nur ruhig noch ein bißchen mehr ein. Was brauchst du Kaffee? Gerste tut's auch. Was brauchst du Zigarren? Rauchen soll schädlich sein. Wenn du dann noch statt 8 Stunden 10 Stunden arbeitest, dann kannst du den Stallknecht entlassen und verdienst dessen Lohn noch mit. Siehst du! Du kennst deine Vorteile noch gar nicht. Da kommt schon eine Pulle Sekt für mich wieder raus. Gelt, Brüderchen, man muß immer ein wenig Familienstolz besitzen, und dafür sorgen, daß wenigstens einer den Schein wahrt."

Fritz: „Also Willi! Jetzt in allem Ernst: Es geht nicht mehr so weiter. Ich habe schon Geld aufnehmen müssen, habe neue Schulden gemacht, aber nun ist Schluß. Du muß t dich jetzt den gegebenen Verhältnissen anpassen, sonst — — —

Willi (fällt ihn wütend ins Wort): „Was, ich muß? Was erlaubst du dir?" (Schlägt ihn mit der Hundepeitsche ins Gesicht.)

Fritz: „Nun ist's aber genug! (Entreißt ihm die Peitsche) Bist du wahnsinnig?"

Willi: „Ich werde dir zeigen, wer wahnsinnig ist. Da." (Sticht mit einem Dolch nach ihm.)

Dr. B. (Der ähnliches geahnt und darum in der Nähe war): „Was geht hier vor?" (Wirft sich dem Tobsüchtigen, der wütend um sich sticht, entgegen.)

Willi: „Ha, Bursche! Du kommst mir gerade recht. Warte. Da. Da. Da hast du. (Sticht wütend auf ihn ein.) So! Nun wirst du wohl bald genug haben. Du bist mir lange schon im Weg."

Fritz (Aus einer Ohnmacht erwachend, sieht den Freund aus vielen Wunden blutend mit dem tollen Bruder ringen. Da zieht er den Revolver und schießt den Wahnsinnigen nieder.)

Dr. B.: „Fritz, glaubst du mir nun? Mußtest du warten, bis wir beide ohnmächtig am Boden liegen, bis es zu spät ist?"

Schluß.

Proletarier, von dir handelt die Fabel. Du hörst es alle Tage: Deutschland ist bankerott! Kinder in Not! Wohnungsnot! Kohlennot! Arbeitsnot! — So gellt es dir in die Ohren. Sag, wie lange willst du deinen wahnsinnigen Bruder Bourgeois noch schlemmen und prassen lassen?

Willst du warten, bis es zu spät ist, bis du ohnmächtig am Boden liegst und dir nicht mehr zu helfen ist?

Bankerott. Jawohl!

„Der Landesvater" sitzt in Amerongen.

„Vaters" Lieblingskind, die Bourgeoisie, schlemmt und praßt schlimmer denn je — und du Proletariat? — Du drückst dich in Keller- und Bodenlöchern herum und zahlst die Zeche der beiden. —

Höre auf den Mahner, warte nicht, bis du zu spät den Freund erkennst. Sind wir bankerott, dann sollen die

Breslauer Nachrichten

Ein „Erfolg" beim Breslauer Lohnamt

Das Breslauer Lohnamt wird von den Breslauer Gewerkschaftsbonzen als eine vortreffliche Errungenschaft der Arbeitsgemeinschaft gepriesen. Dieses Lohnamt, das besetzt ist ähnlich den Schlichtungsausschüssen von Arbeitnehmern (lies Gewerkschaftsbonzen) und Arbeitgebern und einem „unparteiischen" Vorsitzenden, der zum Ueberfluß bei den meisten Fällen ein „Genosse", ein Vertreter der sozialdemokratischen Stadtparlamentsmehrheit ist, hat die Aufgabe, auf Grund von Statistiken festzustellen, in welchem Rahmen sich die Preise der nötigsten Bedarfsgegenstände bewegen. Auf Grund der so errechneten Indexziffern wird festgestellt, ob die Teuerungszulagen, die bei den meisten Arbeitern in den Betrieben mehr als die Hälfte des wirklichen Lohnes ausmachen, verkürzt oder erhöht werden. Von Monat zu Monat dürften also die Arbeiter mit einer Erhöhung der Löhne rechnen; denn es dürfte doch keinen vernünftigen Menschen geben, die behaupten, daß die Kosten der Lebenshaltung heruntergegangen seien.

Anders allerdings bei den „Genossen" im Lohnamt. Die Metallarbeiter waren vorstellig geworden. Sie hatten am eigenen Leibe gespürt, daß sich die Lebenshaltung von Tag zu Tag verteuert. Das Lohnamt setzte sich hinter seine Aktenständer und stellte fest: Die für arbeitende Menschen am besten bekömmlichen Speisen sind Erbsen, Bohnen, Linsen, Hirse, kurz, Hülsenfrüchte. Diese kulinarischen Speisen haben überdies noch den besonderen Vorteil, daß sie genügend Kalorien haben, um die Arbeitskraft der Proleten zur ungehinderten Ausbeutung durch die Kapitalisten genügend frisch zu erhalten. Die Preise für diese den Arbeitern vortrefflich mundenden Speisen seien aber nicht in die Höhe gegangen. Aber das Lohnamt wolle in seiner Arbeitsfreundlichkeit doch den Proleten entgegenkommen und ihnen eine Erhöhung der Teuerungszulage um — fünf Pfennige gewähren. Obendrein appelliert es noch an das mitfühlende Herz der Herren Direktoren, dieser Erhöhung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die verehrten Leser dürfen aber unter keinen Umständen glauben, daß dieserweise gefaßte Entschluß des Lohnamtes eine von uns teuflisch ausgeheckte Frucht der Hundstagshitze sei.

Zum Teufel — **wir wünschen, daß das ganze Lohnamt in einem dicken, mit Wasser angemachten Hülsenfruchtbrei ersticke!**

Diese Leute — sind sie etwa Hülsenfruchtschieber, und wollen sie so ihre Ware an den Mann bringen? — können nicht verstehen, daß auch ein gewöhnlicher Arbeiter zur Zubereitung von Hülsenfrüchten Fett oder Margarine, vielleicht sogar gute Butter gebraucht. Sie vergessen ferner, daß zur Herstellung eines geregelten Stuhlganges (oder wollen die Herren eine Lohnerhöhung bewilligen, damit die Proleten zur Abführung des Hülsenfruchtbreies teures Rizinusöl kaufen können?) notwendig ist ein paar Pfund Kartoffeln oder Gemüse, oder Obst?

Haben diese Kadetten gar nicht gemerkt, daß das Fett von 9,50 auf 12,50 Mark das Pfund gestiegen ist? Daß das Pfund Kartoffeln immer noch 80–90 Pfennig kostet? Ferner, daß die Preise für Gemüse und Obst für Proletenfrauen fast unerschwinglich sind?

Ihr armen Breslauer Arbeiter, insbesondere ihr Metallarbeiter, ihr lauft wie eine Herde Hammel euren Wirsich und Genossen nach und merkt nicht, daß diese Leute durch den Verrat an das Lohnamt, den sie billigen und festigen, euch die Wolle, die ihr so spärlich auf eurem sonst dicken Fell habt, bei lebendigen Leibe dauernd abscheren.

Ihr Metallarbeiter, die ihr jetzt wieder mit einer „Lohnerhöhung" von fünf Pfennigen beglückt seid, wann werdet ihr einsehen die Richtigkeit der Parole der Kommunisten: Heraus aus aller Arbeitsgemeinschaft. Offener wirtschaftlicher und politischer Kampf. Wann werdet ihr bereit sein, endlich dieses ganze elende kapitalistische System und ihre Schildknechte, die Zopfträger auf dem Lohnamt und die Gewerkschaftsbürokratie in einem großen Kessel von Hülsenfruchtbrei von diesem „Jammerdasein", das sie führen, zu befreien?

Erhöhung der Milchpreise auf 2,90 Mark

Der „Schles. Ztg." entnehmen wir folgendes: Die Organisation des Milchgroßhandels in Breslau hat gestern nach eingehender Beratung der Milchlieferungsverhältnisse beschlossen, den Milchpreis vom 1. August ab auf 2,90 Mark für das Liter zu erhöhen. Es geschah dies, nachdem Verhandlungen mit den Behörden, der Stadtverteilungsstelle und der Provinzialstelle, sowie einer Anzahl von Molkereien vorangegangen waren. Was die Veranlassung für die Erhöhung des Preises ist, die nicht auf die landwirtschaftlichen Organisationen des Landbundes und des Milchproduzentenvereins zurückzuführen ist, war in der letzten Sitzung des Breslauer Milchgroßhandels am 28. Juli auseinandergesetzt worden. Es sind die Verhältnisse der Molkereien, die zum großen Teil auch die Lieferanten der Frischmilch für Breslau sind. Diese Molkereien können bei Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse einen höheren Erlös erzielen als diejenigen Milchproduzenten, die eine solche Verarbeitung im großen nicht vornehmen, und deshalb verlangen die Molkereien einen höheren Preis. Zu diesem Verlangen sind sie durch ihre Verträge berechtigt. In Verhandlungen auf der Provinzialfettstelle ist mit einer Reihe von Molkereien, welche in der Hauptsache nach Breslau liefern, wenigstens für den Monat August die Vereinbarung getroffen worden, daß sie nicht über eine Forderung von 2,40 Mk. für das Liter hinausgehen. Auf Grund dieses Lieferantenpreises kam man zu einer Festsetzung des Kleinhandelspreises von 2,90 Mk., wobei von den Milchhändlern aber die Handelsspanne von 50 Pfg., in welche sich der Großhandel mit 35 Pfg. und der Kleinhandel mit 15 Pfg. teilen sollen, als zu niedrig bezeichnet wurde. Einen Ausgleich erwartet man dadurch, daß die von den Landwirten direkt bezogene Milch gemäß dem Verhalten der landwirtschaftlichen Organisationen, die bisher von einer Preiserhöhung nichts wissen wollten (!) billiger geliefert werden wird, als von den Molkereien. Eine Bindung der Molkereien an den vereinbarten Preis bis zum 15. September konnte nicht erreicht werden. Sie wurde lediglich bis zum 1. September zugestanden.

Es ist selbstverständlich, daß die „Schles. Ztg.", das Organ des Landbundes, die Schuld der Milchverteuerung von ihren Gesinnungsgenossen abwälzen will. Sie vergessen dabei, daß in den Molkereien und Milchgenossenschaften nur die Interessen der Agrarier investiert sind. Ergo sind die Preistreiber die Junker und Großbauern.

Diese Herren Prozentpatrioten produzieren nur das, was ihnen am meisten Rebbach abwirft. Sie unterscheiden sich dabei nicht im geringsten von den von ihnen so bekämpften kapitalistischen Juden. Sie gehen von der Ackerwirtschaft zur Weidewirtschaft über und sie erzeugen Käse und Butter, weil sie für Milch nicht genügend Geld bekommen. Wenn dabei Mütter und Säuglinge zu Grunde gehen und dadurch die „Wehrhaftigkeit der germanischen Rasse" darunter leidet, stört das diese Wucherer nicht. Um so besser können sie auf die faulen Arbeiter schimpfen. Die Arbeiter werden aber auch in Schlesien nach und nach zu der Einsicht kommen, daß gegen die anstürmende Teuerungswelle keine Palliativmittel der Lohnämter helfen, sondern, daß hier nur eine Radikalkur helfen kann.

Die Prügelhelden in der Breslauer Bastille

Einer unserer Genossen schreibt uns aus dem Untersuchungsgefängnis folgendes:

Der von den Breslauer Justizbehörden kultivierte Geist, wie er in der Reduzierung der Paketannahme so charakteristisch zum Ausdruck kam, muß unwillkürlich die Untergebenen zur Nachahmung anspornen. Der herrliche Geist des alten Preußentums, nämlich Speichelleckerei nach oben, Brutalität nach unten, kann sich trotz der demokratischen Republik unter dem Regime des Gefängnisdirektors Langer ungeniert austoben. Gewöhnlich ertragen ja die Untersuchungsgefangenen die unnötigen Schikanen der Gefängnisordnung in heiterer Gelassenheit, so daß sich den Kommißnaturen keine Veranlassung bietet, durch besondere Heldentaten nach oben Wohlgefallen zu erregen. Kein Wunder, daß ein Vorfall am vergangenen Montag ein gefundenes Fressen darstellte. Eine Anzahl jugendlicher Untersuchungsgefangener, Mitgefangene behaupten, zwischen 14 und 16 Jahren, war es gelungen, sich dem abendlichen Einschluß zu entziehen, höchstwahrscheinlich in der Absicht bei Nacht das Weite zu suchen. Die Aufseher entdeckten sie schon abends 7 Uhr. Die Vorschrift verlangt, daß solche Delinquenten in Arrest gebracht werden. Die Art und Weise aber, wie die beteiligte Wachtmeisterkorona dabei mit diesen halben Kindern umging, ist eine Barbarei sondergleichen. In der Abteilung, wo die Arrestzellen liegen, hörten die Gefangenen die Schreie der Mißhandelten, auf die Peitschenhiebe und Faustschläge nur so hagelten. Einer der sadistischen Gesellschaft schrie dabei fortwährend: feste, feste. Auch nach der Fesselung der Jungens, die in Anbetracht der ganzen Situation eine unnötige Roheit war, wurden die Mißhandlungen fortgesetzt. Die ganze Szene mußte auf die Zuhörer in den Zellen um so empörender wirken, als die Jungens keinen Widerstand versuchten. Wir protestieren aufs schärfste gegen diese Folterknechtsmanieren der Gefängnisbeamten. Hier hätte der Herr Direktor Langer und das Kollegium der Untersuchungsrichter ein geeignetes Feld zur Betätigung. Die zivilisierten Staaten anerkennen doch im Prinzip die extrahumane Behandlung der Jugendlichen. In der Praxis fallen dagegen die Untertanen in Herrn Langers Reich über halbe Kinder her, als wenn sie einen Repititionskursus in der vor dreißig Jahren gewohnten Rekrutenschinderei absolvieren müßten. Mit Verlaub, Herr Direktor Langer, diese Kinder in ihren Klauen sind meine Klassengenossen. Ihre Ordnung kann sie nur mißhandeln und sie zum Verbrecher machen. Wenn sie keine Millionen haben wie der Herr Levin, so sollte ihnen doch recht sein, was dem andern billig ist. Jedenfalls hat der eine „Herr Wachtmeister", der viermal einen Jungen mit dem Säbel schlug, mehr Talent zum Schinderhannes, als die Gabe der Erziehung zum Guten. Mit diesen geborenen Henkerknechtsnaturen sollten sie abfahren, Herr Direktor. Auch mit dem anderen Prachtexemplar dieser Gattung, der vor den Fenstern pfeift und so die Gefangenen zum Heraussehen provoziert, damit er dann denunzieren kann. Gewiß gibt es anständige Menschen unter den Beamten, aber das Benehmen der anderen Gesellen entehrt den ganzen Stand. Wir sind gespannt, ob sie den Fall untersuchen werden, und was das Resultat sein wird. Wenn sie die Beulen und blauen Striemen der Jungens nicht ahnden, so wird das Proletariat einst in der allgemeinen Abrechnung auch dieses Schuldkonto ins Reine bringen.

om.

Ueber die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen veröffentlicht der Magistrat im Anzeigenteil eine Bekanntmachung, auf die wir besonders hinweisen.

Aus der Provinz

Was sind die Fürsten?

Das schlechte Gedächtnis der Menschen ist der mächtigste Bundesgenosse jeder Reaktion. Erleben wir im republikanischen Deutschland nicht bereits wieder, daß eine verlogene und arglistige Werbung umgeht für den monarchistischen Gedanken? Es ist Pflicht jedes Republikaners, diese heuchlerische Agitation schonungslos zu enthüllen und das wahre Wesen der Fürstenherrschaft aufzudecken. Der große Volksfreund Thomas Münzer, Anführer der revolutionären Bauern in Mitteldeutschland, hielt im Jahre 1525 vor der Schlacht bei Frankenhausen eine Rede in der er dieses Bild der Fürstenherrschaft zeichnete:

Was sind die Fürsten? Sie sind nichts denn Tyrannen, schinden die Leute, unser Blut und Schweiß vertun sie mit Hoffeiern, mit unnützer Pracht, mit Huren und Buben. Es hat Gott geboten, in Deuteronomium: es soll der König nicht viel Pferde bei sich zu haben, und keine große Pracht führen, auch soll ein König das Gesetzbuch in Händen täglich haben.

Was tun aber unsere Fürsten? Sie nehmen sich des Regiments nicht an, hören die armen Leute nicht, sprechen nicht Recht, halten die Straßen nicht rein, wehren nicht Mord und Raub, strafen keine Frevel und Mutwillen, verteidigen nicht Witwen und Waisen, helfen nicht den Armen zu Recht, schaffen nicht, daß die Jugend recht erzogen würde zu guten Sitten, fördern nicht Gottesdienst, so doch um solcher Ursache willen Gott die Obrigkeit eingesetzt hat, sondern verderben allein die Armen je mehr und mehr mit neuen Beschwerden, brauchen ihre Macht nicht zur Erhaltung des Friedens, sondern zum eigenen Trotz, daß einer seinen Nachbarn stark genug sei, verderben Land und Leute mit unnötigen Kriegen, rauben, brennen, morden. Das sind die fürstlichen Tugenden, damit sie jetzt umgehen. Ihr sollt nicht gedenken, daß Gott länger solches leiden wolle. Denn wie er die Kananiter vertilgt hat, so wird er auch diese Fürsten vertilgen.

Die Breslauer „Volkswacht" gestattet sich den Luxus, einen revolutionären Kämpfer aus Mitteldeutschland als Kronzeugen in ihrem Kampf gegen die Fürstenherrschaft anzuführen. Selbstverständlich nicht den Banditen Hölz, sondern den Bauernführer Thomas Münzer. Der ist ja nicht gefährlich, der ist schon einige Jahrhunderte tot. Ferner vergißt die „Volkswacht" festzustellen, daß gerade durch ihr Verhalten durch den Bluthund Noske 15000 revolutionäre Arbeiter niedergeschlagen sind, unter dem Schlachtruf: Für Ruhe und Ordnung. Noch unter keiner Fürstenherrschaft der neueren Zeit sind mit Hilfe der Sozialdemokraten derartige gemeine Schandtaten vollbracht als unter der Herrschaft Ebert, des ungekrönten Herrschers der Schieberrepublik zur weißen Schande.

Versammlungskalender

Fraktionszusammenkünfte in Breslau finden statt:

Montag, 1. 8., 7 Uhr: Kriegsopfer, Parteibüro; Dienstag, 2. 8., 7 Uhr: Metallarbeiter, Roter Löwe; Mittwoch, 3. 8., 7 Uhr: Transportarbeiter, Parteibüro.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soz.-Verl. e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S

Amtliche Bekanntmachung.

Auf Grund der Anordnung des Preußischen Ministers für Volkswirtschaft betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen vom 19. Dezember 1919 (Preußische Gesetzsammlung Nr. 53 S. 187) setzen wir die laut Bekanntmachung vom 22. März 1921 durch Beschluß des Sachverständigenausschusses des Bezirksausschusses vom 12. März 1921 festgesetzte Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen anderweit für Wohnungen auf 50 Prozent, für andere Mieträume auf 60 Prozent des Mietpreises vom 1. Juli 1914 einschließlich der gemeinüblichen Leistungen an Wasser, Flur- und Treppenbeleuchtung fest.

Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft, jedoch werden laufende Verträge von dem Abänderungsbeschlusse nicht berührt.

Breslau, am 28. Juli 1921.

Der Magistrat.
Dr. Trentin. Hahn.

Genossen
werbt für die
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Billige preiswerte Möbel
pol. Schrank 450, Chaiselon 150, Plüschsofa 550, Waschtisch mit Marmor 360, Ausziehtisch 240, Nachttisch 75, Nußb.-Schreibtisch 490, Küchen-Büfett 390, Bettstelle 300, Garderoben-Schrank 200, Bettstelle mit Matratze 130, Schreibsessel, gr. Zimmer-Spiegel, Säulen mit schwer. Kristallglas 800, Waschtisch mit Kacheln 95.
M. Giesel, Brüderstr. 23

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7½ Uhr
Die Scheidungsreise.
Dienstag, 7½ Uhr:
Wiederauftreten
Hella Kürty, Emmi Curs.
Mascottchen.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Schwarzwaldmädel.

Jedem der das Unglück hatte,
geschlechtskrank
zu werden, ist vor allem an einer schnellen und diskreten Heilung sehr gelegen. Verlangen Sie sofort ohne jede Verpflichtung gegen Einsendung von Mk. 2.— für Porto und Spesen aufklärende Broschüre über Heilung von Harnröhrenleiden beiderlei Geschlechtes, in frischen und ganz veralteten Fällen, von Syphilis ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung, ohne Salvarsan und Quecksilber von Mannesschwäche (Erfolge bei allen Altersstufen), von Weißfluß. Zusendung in verschlossenem Doppelbrief ohne jeden Aufdruck; falls gewünscht, senden wir Broschüre unter Einschreiben. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt wird. Dr. med. H. Soomann G. m. b. H., Sommerfeld 718 (Bez. Frankfurt, Oder). Unter spezialärztlicher Leitung. Achten Sie genau auf Adresse, da in letzter Zeit ähnliche Institute auftauchen. Schreiben Sie sofort, wir geben Ihnen auch seit langen Jahren bewährte Präparate an, die durch unsere Versand-Apotheke oder jede andere Apotheke zu erhalten sind.

Liebich-Theater
Letzte Woche 7½ Uhr:
„Der verjüngte Adolar"
Henny Bender
Betty Fohner.
In Vorbereitung:
„Perle der Frauen"
Erna Miller
Paul Westermaier.

Alt-Metalle
kauft OTTO, Kohlenstr. 8

Raulino Tabak
Raulino einmal versucht, immer verlangt
Für kurze Pfeife

Schäg, roter	Streifen	50 Gr.	2,50	Mark
„ lila	„	50 „	2,75	„
„ grüner	„	50 „	3,00	„
„ schwarzer	„	50 „	4,00	„

Zu haben in den Zigarren-Geschäften
Vertretung f. Schlesien: Curt Friedlaender, Breslau 13
Gutenbergstraße 10 Fernsprecher: Ring 361